

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 3

Duisburg, den 21. Januar 1933

34. Jahrgang

Um das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft

Reichsarbeitsminister a. D. Dr. A. Stegerwald



Das Thema „Das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft“ ist gegenwärtig schwer zu behandeln. Für die nächste Zeit gilt für alle Gebiete unseres öffentlichen Zusammenlebens bestimmt das Wort: „Alles fließt“. Staat und Wirtschaft sind in Deutschland für ein 65-Millionen-Volk noch völlig unzureichend gefestigt und gesichert. Wir waren ehemals auf dem Wege, in der Welt ein Herrenvolk zu werden, und sind nun wieder stark zu einem Trabantenvolk zurückgeworfen worden. Auch im Innern sind wir weitgehend ein verproletarisirtes Volk geworden. Die breiten Mittelschichten von ehemals sind zusammengeschrumpft; die Jugend sieht keine Zukunft; für akademische Berufe wird der Platz immer kleiner. Und so erhält trotz der 6 bis 7 Millionen Arbeitslosen der Radikalismus noch mehr seinen Auftrieb von der Peripherie her als aus dem Kern der Arbeiterschaft selbst heraus. Die Arbeiterbewegung ist in Deutschland zu lange bloße Arbeiterinteressenvertretung gewesen. Man hat sie zu lange vor den Türen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stehen lassen. Gegenwärtig nun können wir beobachten, wie die deutsche Arbeiterschaft politisch außerordentlich zerrissen ist und wie sie weiterhin in einem Umfang außerdeutscher Kräfte folgt wie selten zuvor. Der Kommunismus wird von Moskau geführt; der Nationalsozialismus hat in seinem Gehaben und Getue, in seinen Methoden und Zielen viel Außerdeutsches an sich, und auch der Sozialismus hat den Weg zum deutschen Volke noch nicht zu finden vermocht. Er steht im Gegenteil im Begriff, sich wieder verstärkt vom deutschen Volke abzuwenden, anstatt sich mit ihm vollends zu verschmelzen. Seit der Staatsumwälzung ist der Arbeiterschaft ständig aus ihren eigenen Reihen gesagt worden, daß eine ihrer dringendsten Aufgaben sei, für einen gefestigten Staat mitzuzorgen. Ohne gefestigten Staat gibt es keine prosperierende Wirtschaft, und ohne prosperierende Wirtschaft hängt die Existenz insbesondere der Lohnarbeiterschaft ständig in der Luft. Ohne gefestigten Staat ist auch die Tagesarbeit, auf längere Sicht gesehen, Sisyphusarbeit. Für diese banalen Selbstverständlichkeiten fehlte lange Zeit weitlich das ausreichende Verständnis. In den Jahren 1931/32 hat man allmählich allgemein sehen gelernt, wie wenig gesichert noch der Weimarer Staat ist. Im letzten Jahre mußten wir einen fünfundsachtzigjährigen Mann zum Reichspräsidenten wählen, um tollkühne staatspolitische Experimente von Deutschland fernzuhalten. Wenn wir daher unter solchen labilen Verhältnissen das Schicksal und den Weg der deutschen Arbeiterschaft auskundschaften und mitbestimmen wollen, dann kommen wir mit einem allgemeinen staats- und gesellschaftspolitischen Rück- und Ausblick am sichersten zum Ziel. Dabei kann selbstverständlich das deutsche Arbeiterschicksal nicht für sich allein gesehen, nicht losgelöst werden vom deutschen Gesamtgeschehen.

Schon vor mehr als zehn Jahren ist immer wieder in Ver-

sammlungen darauf hingewiesen worden, daß der verlorene Krieg an sich nicht als größtes deutsches Unglück anzusehen sei. Als sehr viel schlimmer sei die Tatsache zu bewerten, daß den Deutschen im 19. Jahrhundert nicht angelernt und angezogen worden sei, ihre Aufgaben als Volk und Nation selbst zu ordnen und zu gestalten. Heute stehen die Völker und Staaten am gefestigtesten und gesichertesten in der Welt da, die ihr Volk am frühesten zur Mitverwaltung an den Staatsgeschicken herangezogen haben: England, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Schlüssel zu dem, was wir heute in der Hauptsache beklagen, liegt einmal beim Wiener Kongreß von 1814/15 nach den Freiheitskriegen und weiterhin beim Regierungsantritt Wilhelms II. und der Entlassung Bismarcks in den Jahren 1888/90. Den Wiener Kongreß hat man nach außen hin beschlossen mit der Seltigen Allianz gegen Napoleon, während man nach innen gerichtet den europäischen Völkern die Konstitution versprochen hat, um sie nirgends zu halten. In Wahrheit folgte nach den Freiheitskriegen in den europäischen Siegerstaaten eine große Armutperiode und zugleich noch eine große politische Reaktionsperiode. Damit wurde die Atmosphäre geschaffen, die 1848 zur Entladung geführt hat. In Preußen wurde nun das Dreiklassenwahlrecht geschaffen und bis 1918, also 70 Jahre lang, dem Wesen nach aufrechterhalten. Mit diesem Dreiklassenwahlrecht ist das preußisch-deutsche Volk durch und durch verdorben worden. Die Mittelschichten sind durch dieses Wahlrecht politisch und gesellschaftlich an die Seite des Großbesitzes, der Plutokratie, gedrängt worden, wodurch der Klassen- und Kastenscheidung stark Vorschub geleistet und die Volkspaltung außerordentlich verbreitert und vertieft

Wir beginnen

in dieser Nummer mit der Aussprache über

„Die berufsständische Ordnung“.

Die Diskussion über diese Frage ist allerorten in Gang. Wahres und Falsches wird dabei durcheinandergemischt. Wir haben uns deshalb für verpflichtet gehalten, durch führende Männer des deutschen Geistes- und Wirtschaftslebens unsern Kollegen in unserem Verbandsorgan das Für und Gegen dieser Idee vor Augen führen zu lassen. Wir haben dann die Konsequenzen daraus zu ziehen.

In dieser Nummer schreiben:

Professor Dr. Brauer: „Ständestaat oder berufsständische Ordnung“;

Dr. L. Schiela, München: „Der Arbeiter in der berufsständischen Ordnung“.

Stadtbibliothek
Mönchengladbach

Preisfrage: Wer ist des deutschen Volkes größter Gegner?



worden ist. Daneben war seit der Reformation der Protestantismus in Deutschland mit Ausnahme von Bayern praktisch überall Staatskirche geworden. Dreiklassenstaat und protestantische Staatskirche waren weitgehend identisch. So ist es gekommen, daß in Deutschland die Arbeiterbewegung sich gegen Staat, Christentum und Kirche gebildet und entwickelt hat. Ein anderer Schlüssel für das, was wir heute beklagen, liegt um das Jahr 1890. Einmal wurde damals mit der Entlassung Bismarcks der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag aufgehoben, ohne daß etwas anderes an seine Stelle gesetzt worden wäre. Das hat zur russisch-französischen Allianz geführt, der später auch England beigetreten ist. Weiterhin wollte Wilhelm II. seinen Frieden mit der Arbeiterschaft bzw. mit der Sozialdemokratie machen. Er hat Berlepsch zum Minister berufen, 1890 die Internationale Arbeiterschuttkonferenz nach Berlin einberufen; er hat sich an Papst Leo XIII. und an den Evangelischen Kirchenrat gewandt und um die Hilfe der Kirchen für seine sozialpolitischen Pläne gebeten. Wilhelm II. war sprunghaft, in starkem Maße staatspolitischer Dilettant, hat nicht durchgehalten. Und so ist er über gewisse Ansätze nicht hinausgekommen. So ist Deutschland nach 1871 in wenigen Jahrzehnten europäische Groß- und Weltmacht geworden, ohne daß das Bismarcksche Reich mit den breiten Schichten verankert worden wäre. Die dünne Oberschicht, die Deutschland damals führte, konnte gar nicht ausreichend Intelligenzen hervorbringen, die notwendig gewesen wären, um Deutschland auf friedlichem Wege seinen Platz in Europa und in der Welt zu sichern; so hat sich der Hintergrund des Weltkrieges herausgebildet.

Die deutsche Staatsführung hat also ein Jahrhundert lang in der Erziehung des Volkes zur Mitgestaltung seiner Geschichte versagt. Und nun kam der Krieg und nach ihm der Zusammenbruch eines überlebten Regierungssystems. Jetzt kam die Demokratie. Diese kann man aber nicht anordnen. Demokratie muß wachsen. Dadurch aber, daß man ein Jahrhundert lang die breitesten Schichten des Volkes nicht ausreichend zur Mitgestaltung der Volks- und Staatsgeschichte herangezogen hat, haben diese vielmehr ihr Eigenleben geführt und sich selbst Festungen gegen den Staat geschaffen. Die Sozialdemokratie war praktisch eine Festung gegen den Staat; auch die Zentrumspartei ist es jahrzehntelang gewesen. Weil man das Volk nicht zur großen Gemeinschaftsarbeit herangezogen hat, hat sich dieses immer mehr in kleineren Einzelgemeinschaften zusammengesunden. So sind wir das Volk der „Interessentenhausen“ geworden. Der neue Staat sollte Volksstaat werden im Gegensatz zum früheren Kastenstaat. Die Demokratie wurde vielfach als Selbstzweck

angesehen, was sie nicht sein kann. Der Zweck des Staates ist die Pflege der Wohlfahrt seiner Bürger. Mit welchen Mitteln das geschieht, kommt erst in zweiter Linie.

Aus der Geschichte und aus persönlichem Erleben sind uns drei deutsche Reiche bekannt, die sich stark voneinander unterscheiden: das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das Bismarcksche Reich und das Reich von Weimar. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation rivalisierten miteinander einmal die weltliche und die geistliche Macht, das Kaisertum und das Papsttum; und noch stärker das Kaisertum und die Territorialsfürsten. Letztere hatten die Kaisermacht immer mehr ausgehöhlt, so daß schließlich dieses Reich auseinandergefallen ist. Dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation folgte mehrere Jahrzehnte lang die Balkanisierung Deutschlands, bis 1871 das Bismarcksche Reich entstand. Diesem ist viele Jahrzehnte lang der Streit vorausgegangen, ob ein kleindeutsches Reich mit Berlin als Mittelpunkt oder ein großdeutsches Reich gebildet werden solle, in dem Wien einen starken Mittelpunkt abzugeben habe. Es wurde das Bismarcksche Reich mit preußischer Führung gebildet. Man wollte einmal mit einer protestantischen Spitze die früheren Rivalitäten mit der geistlichen Macht ausgeschaltet

wissen; dann wollte man weiterhin die Macht der Territorialsfürsten dadurch unschädlich machen, daß man der größten Territorialmacht, Preußen, praktisch die Führung des Reiches überantwortete. Das Bismarcksche Reich hat keine 50 Jahre gehalten. Und nun kam das Weimarer Reich. Auch dieses ist noch kein fertiger Staat. In ihm wird insbesondere ein Dreifaches ausgeübt: Einmal, so wird behauptet, sei dieses Reich insofern in die Luft gebaut, als es die geistige Mentalität des deutschen Volkes weithin außer Berücksichtigung gelassen habe; dann sei mit Weimar zwischen Reich und Ländern wieder ein ähnlicher Dualismus geschaffen worden, wie er früher beim Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation bestanden habe; schließlich sei man hinsichtlich der Demokratie im Vergleich zum Bismarckschen Reich von einem Extrem ins andere gefallen.

Jahrelang hat man von rechts her mit der These gearbeitet, daß in der Mitte Europas eine Republik nicht möglich sei. Hier sei eine gefestigte Großmacht nur denkbar mit monarchischer Spitze. Die monarchischen Parteien sind in den letzten Jahren stark geschwächt worden. Trotzdem dem Weimarer Reich die Finanzhoheit, die Wehrhoheit und die Verkehrs- hoheit zugesprochen worden ist, ist der Dualismus zwischen Reich und Ländern heute sehr viel größer als im Bismarckschen Reich. Weimar enthält glänzende Mosaikarbeit; es ist in vielen Parteien sehr viel besser als das Bismarcksche Reich. In staatskonstruktiver und staatsorganisatorischer Hinsicht ist es aber im Vergleich zum Bismarckschen Reich ein Rückschritt. Das Weimarer Reich hält in seiner gegenwärtigen Konstruktion und Verfassung bestimmt nicht so lange, wie das Bismarcksche Reich gehalten hat. In Deutschland existieren heute zwei Großmächte, Reich und Preußen, nebeneinander. Etwas Ähnliches gibt es in der ganzen Welt nicht. Bei normalen verfassungspolitischen Verhältnissen kann theoretisch jederzeit die Preußenregierung mit der preußischen Polizei die Reichsregierung verhaften lassen und bei anormalen verfassungspolitischen Verhältnissen umgekehrt. Wenn die Reichsregierung den Belagerungszustand erklärt, kann sie durch die Reichswehr die Preußenregierung verhaften lassen, wie das am 20. Juli 1932 geschehen ist. Ueber solche Dinge lacht die ganze Welt. Dadurch, daß zwei Großstaaten nebeneinander bestehen, daß dem Reich die Außenpolitik, die Steuer- und Verkehrs- hoheit, die Wehrhoheit, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, und Preußen vollständig für sich die Landesverwaltung, die Schulverwaltung und die Justiz überantwortet ist, ist ein völliges Neben- und Gegeneinander, eine Zwielf- und Doppelreglererei unvermeidbar. (Schluß folgt.)

Christlicher Metallarbeiterverband und Ruhrkampf 1923



Neun Jahre sind dahin, seit auf Befehl Frankreichs französische und belgische Heereskolonnen zur angeblichen Unterstützung einer Ingenieurkommission der Entente ins Ruhrgebiet einrückten. Der äußere Grund: Einige Stapel Holz, Telegraphenstangen und Kohlen waren nicht pünktlich und bis auf ein Milligramm abgewogen von Deutschland abgeliefert worden. Der innere Grund: Frankreich versuchte 1923, endgültig das Rheinland zu einer französischen Angelegenheit zu machen. Als ihm das mit Hilfe seiner eigenen Truppen nicht gelungen war, als Westdeutschland auch selbst dem stärksten fremdländischen Druck nicht nachgab, sollte es durch den Separatismus von innen heraus „mürbe“ gemacht werden. Aber die Kämpfe in Aachen, Dirmasens, Aegidienberg usw. lösten die Vaterlandsverräterei in ihre Atome auf. Das Rheinland blieb deutsch.

Die Gewerkschaftsbewegung stand 1923 nicht nur in vorderster Front, sie war durchweg die eigentliche Trägerin des Abwehrkampfes gegen die Eindringlinge, wie auch unter Führung der Gewerkschaften in den meisten Städten der Separatismus herausgeschlagen wurde. Auf die Gewerkschaften und ihre Führer entlud sich denn auch von vornherein der Zorn der Bejahung. Schikanen waren an der Tagesordnung. Die Gewerkschaftsblätter standen unter schärfster Zensur, und viele weiße Lücken zeugten von der „Tatkraft“ der Fremden. Auf unser Verbandsorgan hatte man es besonders abgesehen. Reglements und Einengungen sollten ihm „Noses beibringen“. Weil es sich aber „störrisch“ zeigte, wütete der Zensurstift. Die untenstehende Montage aus unserem Verbandsorgan 1923 sagt mehr als Worte.

Wer sich irgendwie verdächtig gemacht hatte, wanderte ins „cachot“. Maschinengewehre und Revolver der Fremdlinge

gingen leicht los. Am Karfreitag 1923 fielen unter den Schüssen der Franzosen in Essen drei wackere Kollegen unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes: Wilhelm Wichary, Fritz Pieper und Hermann Högemeyer. Ihr Andenken steht in hohen Ehren bei uns. Auch sie starben für des Vaterlandes Freiheit.

Sinter unserm Verbandsvorsitzenden Kollegen Franz Wieber sagten die Franzosen her. Sie wollten ihn als Geißel festhalten. Monatelang zog damals unser Verbandsvorsitzender unter karglichsten Verhältnissen jenseits des besetzten Gebietes von einem Ort zum andern. Die sauerländischen Rester wissen darüber zu berichten.

Das Verbandsgebiet war infolge der Besetzung in zwei Teile geschnitten. Herüber und hinüber konnte kaum einer. Unter größten Mühsalen gelangten die Verbandsgelder an die Zentrale. Und wenn sie ankamen, waren sie infolge der immer reichender werdenden Geldentwertung keinen Schuß Pulver mehr wert. Mancher führende Kollege hat damals, als Bauer verkleidet, die Unterstützungen für die Arbeiterschaft auf Schubkarren, unter Erde und Pflanzen verborgen, oder auf Mistwagen ihrem Bestimmungsort zugeführt. Sätze man ihn gepackt, eine Kugel wäre der Abschluß gewesen.

Bände könnten darüber geschrieben werden. Heldentaten sind damals begangen worden, die zu den edelsten Taten der Nation gehören. Wenn Deutschland unter solchem ungeheuren Druck nicht der Auflösung anheimfiel, dann trug die Arbeiterschaft unter Führung der Gewerkschaften wesentlich dazu bei.

Frankreich betrieb sich bei seinem Vorgehen auf die „Heiligkeit der Verträge“. Aber wir müssen sagen: Die Gefahr für Europa besteht tatsächlich weniger darin, daß das Prinzip der Heiligkeit der Verträge in Frage gestellt wird, als vielmehr darin, daß mit diesem Prinzip der unheiligste Inhalt von



Verträgen gedeckt und sanktioniert werden soll. Wir gehen noch weiter und sagen: Die große Gefahr für Europa besteht nicht darin, daß Verträge zerrissen werden können, sondern darin, daß der Sinn der Verträge von den Starken mit Hilfe der Buchstaben der Verträge gebrochen wird. Und wir sagen zum Schluß: Die größte Gefahr für Europa ist weniger der Bolschewismus als der Mißbrauch der Prinzipien und die Um-

wertung aller Werte, welche Europa selbst vornahm. Daran hat Frankreich wesentlich mitgeholfen.

Wir aber wollen im Gedenken auf das Jahr 1923 uns immer vor Augen halten, daß auch Deutschland nur gerettet werden kann durch ein Einstehen aller für Volk und Staat und durch eine gemeinsame Arbeit, die über die Gegensätze hinweg streben will zur Einigung.
Wr.

Der Ortsgruppenleiter und die Ortsgruppe



ür das gute Gelingen des äußeren und inneren Auf- und Ausbaues einer gewerkschaftlichen Ortsverwaltung ist in erster Linie die zielbewusste Arbeit des Vorstandes erforderlich. Wir müssen hier unterscheiden zwischen den angestellten und ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Vorstandes. Die freigestellten Kollegen bekommen ihre Anweisungen bezüglich ihrer organisatorischen und geschäftlichen Arbeit zumelst direkt oder indirekt von der Verbandsleitung. Sie sind in manchen Dingen an bestimmte, von dem Verbandsvorstand herausgegebene große Richtlinien gebunden, deren Art den werktätigen und arbeitslosen Kollegen nicht immer auf den ersten Blick verständlich erscheint. Da bleibt es denn nicht aus, daß zwischen ihnen und ihrem Geschäftsführer hier und da Meinungsverschiedenheiten entstehen, die bei richtiger Behandlung sich in gesundem Sinne auswirken können und durchaus nicht gefährlich zu sein brauchen, andernfalls aber der Zerlegungsarbeit zu dienen vermögen. Wie sich solche Fälle auswirken, das liegt meistens in den Händen der Person, die zwischen beiden Tellen steht: dem Vorsitzenden der Ortsgruppe.

Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß der Posten des Vorsitzenden von einer geeigneten und befähigten Person besetzt wird. Das soll heißen, daß der Ortsgruppenleiter ein „ganzer Kerl“ sein muß, der befähigt ist, in jeder Lage sich zurechtzufinden und die Kraft hat, zu führen.

Für die Arbeitsweise eines Ortsgruppenvorsitzenden kann kein Mensch allgemein gültige Normen aufstellen. Sie ist immer von bestimmten örtlichen Umständen abhängig. Unterscheiden muß man zunächst zwischen den Gruppen, an deren Ort oder in deren Nähe ein Verbandsbüro besteht, und den Gruppen, die von ihrer Verwaltung entfernt liegen. Ueber diese zweite Art möchte ich etwas sagen. Der Umstand, daß die weitaus meisten Gruppen unseres Verbandes zu dieser Art gehören und diese Gruppen naturgemäß größeren Schwankungen ihrer Mitgliederzahlen ausgesetzt sind, weil sie umstrittenes Vorpostengebiet bedeuten, läßt es angebracht erscheinen, daß ihnen eine ausführliche Betrachtung hier zuerkannt wird.

Viele dieser Gruppen können bei intensiver Arbeit noch einmal ein solches Wachstum erleben, daß sie später eine eigene Verwaltungsstelle erhalten müssen. Sie sind ein Stück Zukunftsgebiet. Deshalb hat auch der Vorstand einer solchen Gruppe eine besondere Aufgabe. Die von der Verwaltungsstelle entfernte Lage des Ortes, an dem die Gruppe beheimatet ist, zwingt den Vorstand ganz von selbst zum Handeln nach eigenem Gutdünken. Hier müßten unsere besten Kräfte eingesetzt werden. Wir haben Gruppen, deren Ort 10—30 Kilometer Eisenbahnstrecke von ihrer Verwaltung entfernt liegt. Nun ist es da wohl kaum möglich, daß bei jeder Frage, die ein Mitglied hat und die schnell geklärt sein muß, dieser Kollege sich das erforderliche Fahrgeld nimmt und zur Verwaltungsstelle fährt. Die Kollegen müssen sich die wichtigsten Auskünfte am Ort holen können. Deshalb soll der Ortsgruppenleiter in der Lage sein, diese Auskünfte zu geben. Dazu gehört ein gründliches Studium des Verbandsorgans, der Tageszeitung und bestimmter sozialer Verordnungen sowie eine gute Kenntnis der Verbandsjahrgänge.

Ueber den inneren Zustand der Gruppe muß der Vorsitzende stets orientiert sein. Er soll wissen, wie hoch der Durchschnittsmarktwert ist, wie

viel Mitglieder erwerbslos und wieviel Kurzarbeiter sind, wie die Bewegung des letzten Monats war und welche Erfolge erzielt wurden. Er muß am Ende eines jeden Monats die ganze finanzielle Lage seiner Gruppe prüfen und erwägen, wie sie verbessert werden kann. Das ist nicht Sache des Kassierers allein. Die wirtschaftliche Not eines jeden Kollegen soll er durch Besuch und vertrauliche Aussprache kennenzulernen suchen, um allen ein Berater in den wichtigsten Lebensfragen werden zu können. Die Arbeit der Vertrauensleute dürfte dem richtigen Ortsgruppenleiter besonders angelegen sein. Zu Vertrauensleuten nimmt man solche Kollegen, die auch das wahre Vertrauen sowohl der übrigen Kollegen als auch des Vorstandes besitzen. **A b r e c h n u n g s f o r m u l a r e u n d K a s s e n b ü c h e r** müssen übersichtlich und genau geführt werden, damit sich die Kassensprüfer schnell in die Kassensführung hineinsinden können. Es ist das von großer Wichtigkeit, damit die mit der Kassensprüfung betrauten Kollegen ihren Bericht vor der Generalversammlung so ablegen können, daß der Verband eine weitere Stärkung dadurch erfährt. Denn auch unter den alten Kollegen befinden sich immer noch solche, die gegen die ganze Geschäftsführung der Gewerkschaften ein bestimmtes Maß Mißtrauen hegen. Es ist zweckmäßig, ausgerechnet diese als Kassensprüfer in Vorschlag zu bringen. Der Vorstand hat so die Möglichkeit, durch Vertrauen und allgemeinverständliche Ablegung seiner Rechenschaft über seine bisherige Arbeit alles Mißtrauen zu beseitigen. Auf diese Art wird der weiteren Entwicklung die gesunde Grundlage gegeben.

Die Agitation ist an den Orten, die abseits von der Verwaltungsstelle liegen, ein besonders schwieriges Kapitel. In den meisten Fällen scheuen sich die Kollegen, aktiv daran teilzunehmen, weil jeder Arbeiter den anderen kennt und außerdem höchstwahrscheinlich anderen Tags schon die Arbeitgeber genau darüber informiert sind, wer an der Agitation teilgenommen hat. Es ist deshalb oft gut, daß sich die verschiedenen Gruppen durch Kräfteaustausch gegenseitig helfen. Dadurch wird die Gefahr der ins Persönliche ausartenden Zweigespräche unter den sich gegenseitig zu gut kennenden Dorf- und Kleinstadtbewohnern vermieden.

Die politische Unterteilung ist in den kleinen Gruppen durchweg schärfer als in den großen: viele kleine Orte weisen ein vollständig zerrissenes politisches Leben auf, was sich auch auf das Verbandsgebiet auswirkt. Es gehört schon ein gutes Quantum Objektivität dazu, als Vorsitzender einer solchen Gruppe allen politischen Spannungen innerhalb des Kollegenkreises mit dem nötigen Gleichmut begegnen zu können. Vollständig verfehlt ist es, durch politische Reden den Einfluß bestimmter Parteien zu vergrößern versuchen. Eine passive Opposition wird der unausbleibliche und nichtgewollte Erfolg sein. Der Vorsitzende, der schon einmal gegen eine solche passive Opposition hat kämpfen müssen, weiß, wie hinderlich sie der gewerkschaftlichen Arbeit ist. Sie zeigt sich in den Versammlungen, indem die Teilnahme an den Aussprachen zurückgeht, bei Ausführung der Winterarbeitspläne, indem sich keine Leute zur Agitation einsinden, und durch oppositionelle Reden hinter dem Rücken des Gruppenleiters. Deshalb muß dieser von Anfang an darauf bedacht sein, sich möglichst vom parteipolitischen Leben fern zuhalten, damit seine Objektivität gewahrt bleibt.

Es ist schon von vielen Ortsverwaltungen darauf hingewirkt worden, daß die abseits liegenden Ortsgruppen so

viel selbständig werden, daß sie ihre Versammlungen ohne fremden Referenten abhalten können. Das mag gut und schön sein, aber gerade diese Gruppen werden meistens schon sowieso etwas durch ihre Abseitslage in bezug ihres Versammlungswesens benachteiligt. Vielerorts herrscht bei den Kollegen die Meinung vor, daß sich die freigestellten Kollegen der Orts- und Bezirksverwaltungen sowie der Hauptverwaltung viel zu wenig um sie bemühen. Deshalb ist es Aufgabe des Vorsitzenden, bei Aufstellung des Winterarbeitsplanes nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß solche als Referenten für die Winterversammlungen gewonnen werden. Es ist festgestellt, daß gerade in den kleinen Gruppen die Teilnahme an den Versammlungen, in denen selten gastierende Redner vortragen, prozentual viel höher ist als in den größeren Gruppen. Es ist keine Ueberspannung, wenn behauptet wird, daß die Aufmerksamkeit der Dorf- und Kleinstadtbewohner bei Vorträgen besser ist als die der Großstädter. Darum kann die Forderung unserer ländlichen Kollegen nach Berücksichtigung durch die Referenten der einzelnen Verwaltungen als berechtigt bezeichnet werden. Wenn unsere besten Kräfte vom flachen Lande und aus der Kleinstadt kommen — wie oft gesagt wird —, so rührt das nur daher, daß hier die Kollegen zu selbständiger Arbeit gezwungen sind und ihr natürlicher Menschenverstand noch nicht so sehr von der kollektivistischen Lebens- und Denkweise des Großstadtmenschen beeinflusst ist.

Wir sehen: der Leiter einer kleinen Gruppe hat, wenn er seinen Posten recht auszufüllen gedenkt, viel Arbeit und Verantwortung. Aber er wird belohnt werden durch viel Freude an dem Erfolge seiner unermüdbaren Arbeit, wenn er sie in

Auch im Dezember vorwärts in der Werbearbeit!

Es berichteten über ihre Erfolge die Verwaltungen:

Bezirk Sagen . . . mit 234 Aufnahmen	Ludwigshafen . . . mit 20 Aufnahmen
Essen 69 "	Dillingen 19 "
Duisburg 40 "	Singen 17 "
Güterloh 34 "	Neunkirchen 11 "
M. Gladbach 29 "	St. Ingbert 11 "
Siegen 23 "	Kaiserslautern 10 "
Saarbrücken 21 "	Sölingen 10 "

der rechten Weise ansatz und ausführt. Keine klingende Münze ist sein Lohn, aber viel wichtiger und schöner ist das Gefühl der erfüllten Pflicht als Vertrauensmann des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Weit ist unser Arbeitsfeld, groß die Zahl der Unorganisierten. Deshalb wollen wir uns als Gruppenleiter, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder die Arbeiterfäuste drücken mit dem Gelöbniß: Wir alle wollen versuchen, unsern Mann zu stellen im täglichen Kleinkampf um Arbeiterrechte — auch jetzt im neuen Jahr —: dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und frisch gewagt ist halb gewonnen!

E. Voß, Halver.

Verbandsgebiet

Gerechtigkeit in der Eifel

Ein praktisches Beispiel dafür, daß die Karikatur, die unter der Ueberschrift „Gerechtigkeit ist die Grundlage des Volkes“ in der Nummer 51 des Jahres 1932 unseres Verbandsorgans stand, das richtige getroffen hat, konnte ich vor einigen Wochen am Amtsgericht Gemünd (Eifel) erleben. Ein Wohlfahrtsarbeitsloser, Vater von 4 Kindern der pro Woche knapp 10 RM. Unterstützung erhält, hatte sich im Gemeindevald verkrüppeltes Holz geholt. Als er zirka 50 Meter vor seiner Behausung ist, mit 3 Holzstücken auf dem Buckel, trifft ihn der Herr Förster, der mit

einem Kollegen, beide das Gewehr geschultert, von der Jagd kommt. Ein strenges Verhör, woher das Holz und die Aufforderung, das Beil, welches der Kollege unter dem Rock im Leibriemen trägt, herauszugeben. Letzteres wird verweigert, weil der arme Teufel, der selbst kein derartiges Instrument besitzt, es sich von seinem Bruder entliehen hat. Es folgt ein Wortwechsel, daraufhin erscheint der Bruder des „Holzdiebes“, dem dann von letzterem das Beil übergeben wird. Nun kommt auch noch die Frau des Uebeltäters und fleht um gutes Wetter bei dem gestrengen Hüter des Gesetzes. Dieser hatte aber anscheinend auf der Jagd kein Glück gehabt und weist die arme zitternde Frau mit Beschimpfungen zurück.

Pestalozzi Wilhelm Schäfer

VI.

Die Versöhnung

Als Heinrich Pestalozzi Anna Schultheß aus ihrem wohlhabenden Stadtbürgertum in seine bäuerliche Einsamkeit holt, ist sein Besitz auf neununddreißig Jucharte angewachsen, die meist in steinigtem Letten am Fuß und Abgang des Kestenbergs liegen. An die geplante Gärtnerei kann er nicht denken, solange er selber noch so weit entfernt von seinen zerstreuten Ländereien in Mülligen wohnt; so begnügt er auf dem Hummelacker wie auf den unteren Feldern im Letten seine Krappkultur und sät die minderen Flächen vorerst mit Esparsette an, weil er weiß, daß dieser Futterklee auch auf steinigtem Boden gerät und das Land für anderen Anbau fruchtbar macht: das eifrigste seiner Geschäfte aber ist der Plan eines eigenen Wohnhauses, das den zerstreuten Besitz erst zu einem Gut machen muß, und mancher glückliche Herbstgang mit der tapfer erkämpften Lebensgefährtin gilt der Bestimmung des Platzes, wo sie als Hausfrau seiner Besorgung walten soll.

Auch was hierbei wehmütig ihre Schritte begleitet, daß ihr das eigene Elternhaus feindlich versperrt sei, erfährt bald eine unvermutete Wendung: ihrem Vater, dem Junstpfleger zur Saffran, ist augenscheinlich die Trennung von seiner einzigen Tochter das eigentliche Aergernis an ihren Zeitratsplänen gewesen und auch die Mutter sieht nach der Trennung ein, daß es besser sei, eine Frau Pestalozzi als gar keine Tochter mehr zu haben. Nicht länger als zwei Monate hält ihr gekränkter Bürgerstolz der Sehnsucht stand, dann kommen Briefe nach Mülligen, die deutlich nach einer Aussöhnung verlangen; und eben will der Winter das einsame Paar einschneien, als eine Einladung erscheint, den vorenthaltenen elterlichen Segen zu holen, damit Weihnachten keinen Unfrieden mehr in der Familie fände. Mitte Dezember schließen sie frühmorgens in dunkler Kälte die Haustüre in Mülligen ab und sind abends miteinander im Pflug, wo die Rührung des Wiedersehens die verlegene Erinnerung an die lange Zwietracht im ersten Augenblick zudeckt und danach rasch ein so erträg-

liches Verhältnis entsteht, daß sie statt der gewollten drei Tage bis über Weihnachten bleiben

Als sie endlich diesmal im Schiff, aus dem winterlichen Zürich heimfahren, sind sie beschüttet von Segenswünschen und Versicherungen herzlicher Freundschaft; denn der Heinrich Pestalozzi, im Pflug als Tochtermann angenommen, steht anders vor der Welt als der Wundarztsohn, der mit der Tochter im Unfrieden auf einem Bauernfuhrwerk davongefahren ist

So hätten sie Anlaß, fröhlich auf dem Wasser zu sein, das von der winterlichen Mittagssonne dampft, und Anna sagt es auch, noch von dem Uebermut des Abschieds voll: daß dies erst ihre rechte Hochzeitsfahrt sei. Aber ihre Fröhlichkeit schwimmt nur noch wie das Schiff auf dem dunklen Wasser; und als ihr Heinrich Pestalozzi ins Auge sieht, traurig fragend mit diesem Blick, wie sie das meine, kommt sie unvermutet ein tiefes Weinen an

Erst als sie von Turgi noch unter der mondhellern Sternennacht den langen Weg nach Mülligen wandern und kein Wort sprechen, verliert sich Klang und Schaum der überfüllten Tage bis auf den letzten irdigen Rest, der ihnen bitter schmeckt, bis sie noch vor der Haustür Sand und Mund zum innigen Gelöbniß finden.

Der Rußbaum

Andern Morgens im Frühdunkel verläßt Heinrich Pestalozzi das Haus, um noch einmal nach den Feldern zu sehen, darüber er am selben Vormittag in Königfeldern vor dem Landvogt den Kaufvertrag machen will. Auf dem einen steht der breite Rußbaum, unter dem er oft mit seiner jungen Frau gestanden und das zukünftige Besitztum überblickt hat; da soll dann ein schattiger Sitzplatz sein. Es ist kaum hell, als er hinkommt; um so mehr erstaunt er, als Artschläge klingen und gleich darauf ein schwerer Baum krachend niedersinkt; wie er Böses ahnend zuläuft, liegt der Rußbaum auf der Erde, und der ihn gefällt hat, ist der Mann, von dem er den steinigsten Acker um dieses Rußbaumes willen nicht eben billig kaufen will. Es ist, wie er weiß, ein Tauner — so nennen sie die Tagelöhner im Birrfeld — dem es mit sieben Kindern übel geht und dem

Ohne das Bell dem Förster abzugeben, ziehen nach einem kleinen Wortwechsel beide Parteien ab. Nun stehen zwei ausgehungerte Arbeitslose und die abgemagerte Frau unter Anklage vor den Schranken des Gerichts. Wegen geringfügigkeit ist das Verfahren wegen Holzdiebstahls eingestellt, aber die Klage des Herrn Försters bei der Ausübung seines Amtes durch Anwendung von Gewalt und tätlichen Angriffen gehindert zu haben, ist anhängig. Die Frage des Richters, ob die Angeklagten ihn angegriffen, bedroht, oder eine ihn bedrohende Haltung eingenommen hätten, mußte derselbe verneinen. Der Richter ging aber weiter und fragte den Förster, ob er sich dann auch nicht bedroht gefühlt habe. Daraufhin erklärte dieser mit la. Also der mit Schwert und Gewehr bewaffnete Hüter des Gesetzes fühlte sich trotz seines ebenfalls bewaffneten Jagdgenossen von zwei klapperdürren Arbeitslosen und einer zitternden schwächlichen Frau bedroht. Nun konnte dem Gesetz Gerechtigkeit widerfahren. Alle drei Angeklagten wurden mit je 5 RM und den Kosten bestraft. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit für je 5 RM einen Tag Haft. Der Herr Förster hat sich laut Kostenrechnung 6,15 RM Zeugengebühr zahlen lassen. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates. Fakhänder.

Generalappell in Bochum

Für intensivste Werbearbeit in den kommenden Monaten, so kann man das Wollen der am Sonntag, dem 4. Dezember für den Bereich der Verwaltungsstelle Bochum stattgefundenen, gutbesuchten Mitgliederversammlung nennen, in welcher Verbandschriftleiter Kollege Wieber, das Referat übernommen hatte. Verbandsredakteur Kollege Wieber sprach in überzeugender, weitläufiger Art über die wirtschaftlichen sozialen und politischen Verhältnisse. Seine Forderung hier in Bochum intensiver als bisher sich in der Werbearbeit zu betätigen fand nicht nur Verständnis, sondern löste in der reichhaltigen Diskussion auch den Willen aus, sich gründlich „auf die Hinterbeine“ zu setzen um gewisse Schichten schnell weitzumachen. Das Ergebnis der Diskussionsredner klang dahingehend aus: alle Kräfte für die Werbung und Erhaltung der Mitglieder einzusetzen. Die Agitationsmöglichkeit ist durch eine am Donnerstag, dem 1. Dezember, stattgefundene gutbesuchte Frauenversammlung noch besonders vorbereitet worden. Bochum will sich mit seinen Agitationserfolgen sehen lassen. Oi.

Aus den Betrieben

Ein verfrachter wilder Streik in Schwelm

Zu Ende 1932 spielte sich im Tarifgebiet Hagen-Schwelm ein Arbeitskampf ab, dessen Verlauf und Ausgang weit über die Grenzen dieses Gebietes Beachtung verdient. Nicht weil in diesem Kampf die Arbeiterschaft eine besondere Entschlossenheit zeigte, nicht deshalb, weil hier dem Unternehmertum eine geschlossene Abwehrfront gezeigt wurde. Nein, dieser Kampf zeigte, wohin das Sehnen nach einer „politischen Eroberung“ der Betriebe führen kann, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit die Drahtzieher parteipolitischer Betriebszellen-Organisationen Arbeiterinteressen aufs Spiel setzen.

Die Schwelmer Eisenwerke AG., Schwelm, kündigten ihrer 450 Mann starken Belegschaft zu Anfang Oktober einen Lohn- und Akkordabzug an. Mit Recht wehrte sich die Belegschaft gegen den Abzug. Der Betriebsrat verhandelte mit der Werkleitung und erreichte zunächst die Zurücknahme des Abzuges, der auf Grund der Notverordnung durchgeführt werden sollte. Weitere Verhandlungen standen in Aussicht. Die kommunistische Rote Gewerkschafts-Opposition, die RGO, und nicht minder die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, die NSBO, befürchteten nun wohl, daß die Verhandlungen zum Ziele geführt hätten. Zwar war das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis miserabel schlecht. Der RGO und der NSBO schien dieses Manko indes ein besonderer Vorzug zu sein. Wollten doch beide die Betriebe gegen die Gewerkschaften erobern.

Wenn auch sonst gegensätzlich in den politischen Anschauungen uneinig; wenn es aber gegen die Gewerkschaften geht, dann laufen sie durch dick und dünn, kämpfen Schulter an Schulter. Kein, auf dem Schwelmer Eisenwerk wollten diese beiden „modern“ aufgelegenen Betriebszellen einmal deutlich zeigen, wie Kämpfe eingeleitet durchgeführt und gewonnen werden. Ohne die letzten Verhandlungen abzuwarten, wurden mit einem

Male die Brocken hingeworfen. RGO und NSBO hatten heißgemacht, proklamierten den sofortigen Kampf. Wie es so hintenherum hieß, sollte die sofortige Arbeitsniederlegung den „Feind überraschen“, spätestens „in drei Tagen den Sieg“ bringen. Die NSBO brandmarkte „jeden als Arbeiterverräter, der Streikbrecherarbeit leisten sollte“. Die Front „Hitler-Thälmann“ war auch hier Wahrheit geworden.

Jedoch sie manövierten sich bald auseinander und schimpften aufeinander los. Die Belegschaft anderer Werke und mehr noch die Bürgererschaft wußte dann zwei Wochen nach Beginn des Streiks kaum noch, geht es um die Zurücknahme des Abzuges auf dem Schwelmer Eisenwerk oder wollten die beiden Konkurrenten, RGO und NSBO, einmal drastisch zeigen, in welcher frevelhafter und gemeingefährlicher Weise Arbeiterinteressen vertreten werden können.

Wie schon bemerkt, war der größte Teil der streikenden Arbeiter „schlau“, nämlich unorganisiert. Die Beiträge zur Organisation waren „gespart“. Womit aber streiken, wie die Familien unterhalten? Nur unter den nur zu sehr bekannten Bedingungen, Rückzahlung der Unterstüßungen usw., zahlte das Schwelmer Wohlfahrtsamt auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterstüßungen.

Aber trotz der ganz „modernen Kampfführung“ der Gulajskanonen kapitulierte die Werkleitung nicht. Verhandlungen, die der amtliche Schlichter angeboten, wurden aber energisch zurückgewiesen. Nein, „die Lohnräuber sollten die weiße Fahne“ ziehen. Bei der „wunderbaren“ Kampflage blieb es bis zur Reichstagswahl. Aus durchsichtigen Gründen setzte dann die Arbeit der — man erschrecke nicht — nationalsozialistischen Bonzen ein. Die NSBO hatte nämlich so „gewisse Beziehungen“, und die sollten ausgenutzt werden. Es wurde auch im stillen „Kuhhandel“ schon „ein bißchen“ erreicht. Von irgendwelchen nennenswerten Zugeständnissen, von schriftlichen Vereinbarungen aber keine Spur. Erklärt



Heinrich Pestalozzi überrascht den Tauner, als er den Rußbaum fällt.

er deshalb auf Zureden Märkls auch den geforderten Kaufpreis ohne Abrede zugestanden hat. Da er nur zufällig noch auf den Acker gekommen ist, und ihn andernfalls gekauft und bezahlt hätte, macht ihn die Niedertracht des Mannes wütend, so daß er schimpfend gegen ihn anläuft. Der aber ist selber so im Jorn, daß er die Art gegen ihn hebt; und als er dem Frevler mit Worten belommen will — nun kaufe er den Acker überhaupt nicht oder nur um die Hälfte des Kaufpreises — schlägt der

Mann die Art in den Stamm, daß es zischt: das sei ihm beim Selbsttötigen gleich, und nur der Märkl habe den Schaden davon! Seine Wirtsschulden würden ihm doch falsch angekreidet und er bekäme keinen Kreuzer von dem Kaufgeld. Den Baum habe er als Knabe selber gepflanzt und er solle auch keinem anderen gehören!

Heinrich Pestalozzi hat schon mehrmals solche Dinge von dem Märkl vernommen; aber daß der ihn betrügt wie hier, wo er sich den höheren Kaufpreis in seine eigene Tasche gehandelt hat, das ist ihm eine bittere Erfahrung. Er geht traurig von dem Platz fort und läßt dem Märkl durch einen Boten sagen: er könne nicht mit ihm fahren, würde aber pünktlich in Königsfelden sein. Als er dann nach einer verstimmten und nicht gradlinigen Wanderung den großspurigen Mann sieht, der auch unter Menschen immer dasteht, wie wenn er gleich zu mehgen ansfangen möchte, hat er nicht den Mut, ihm den Handel auf den Kopf zuzusagen, unterschreibt auch den Kaufvertrag trotz dem gefällten Rußbaum und ist erschrocken über so viel Verschlagenheit. Nur auf seinen Wagen steigt er diesmal nicht, und erst, als der andere ihn augenscheinlich um seiner Verstimmung willen in allerlei Gesprächen aufhält, sagt er ihm sein Erlebnis aus der Morgenröthe ins Gesicht und läßt ihn stehen. Er hört ihn noch über das Taunerpaß schimpfen, als er mit langen Belnen aus seinem Bereich eilt; und kaum ist er eine Viertelstunde unterwegs, da rollt der Wagen schon hinter ihm her. Er denkt nicht anders, als daß der Mehger sein Pferd zornig an ihm vorbei peitschen würde; aber der läßt es in Schritt fallen. Ob der Herr Pestalozzi dem versoffenen Lumpenkerl vielleicht auch noch glaube? Dann möge er sich jemand anders für seine Geschäfte suchen: er habe sich weder aufgedrängt noch sei er verjessen darauf, für ihn mit aller Welt in Handel zu geraten!

Heinrich Pestalozzi kann nicht antworten, so widerlich ist ihm nun Art und Stimme des Mannes. Er tritt in den Graben und will ihn vorfahren lassen; der Märkl aber hält sein Pferd an, wie wenn er ihn anders verstanden habe: er wolle also doch noch aufsteigen? Da merkt er, daß ihn der Mehger nicht loslassen will, und läuft querfeld über den gefrorenen Acker davon, wo ihm das Fuhrwerk nicht folgen kann. Noch von

sich, daß da so ein ganz wütender Hasser der Gewerkschaften und Bonzenesser in einer Versammlung behauptete: „Das hätten die Gewerkschaften bestimmt besser gemacht“ Aber es sollte ohne Gewerkschaften gesiegt werden. RSO. und RSO. waren darin einig!

Die „Bonzen der RSO.“ hatten die Fäden nicht reißen lassen Gau-leiter Stein von der RSO. und Pg Wagner, M. d. R. (Bochum), traten in Aktion Weitere Zugeständnisse machte die Werksleitung aber nicht, trotzdem wurde Ende November der Kampf abgeblasen, „abgemurkt“. Das Ende, des mit so stolzen Hoffnungen begonnenen Kampfes war da.

Vergeblich war der „Kampfruf“ der RSO., vergeblich all der dann folgende Terror. Von Tag zu Tag stieg die Zahl der im Werk wieder beschäftigten Arbeiter Keine Vereinbarung, kein Abkommen. Ohne Verhandlungen mit dem Kampfausschuß fand der Kampf seinen Abschluß. Mehr denn hundert Arbeiter blieben auf der Strecke, wurden nicht wieder eingestellt.

Einige Fragen! Mußten denn die Drahtzieher, die Bonzen der RSO. und RSO., diesen blamablen Ausgang nicht voraussehen! Mußten nicht auch sie ahnen, was jeder nur halbwegs geschulte Arbeiter von Anfang an von der Bewegung auf dem Schwelmer Eisenwerke befürchten mußte! Wir nehmen zur Ehre eines Teils dieser Strategen an, daß pure Leichtfertigkeit ihr Handeln bestimmte. Muß aber nicht einem anderen Teil der schwerwiegende Vorwurf gemacht werden, daß er in der

gewissenlosesten Weise das Vertrauen von 450 Arbeitern mißbraucht hat, deren Existenz und Familien freventlich aufs Spiel setzte!

Die Antwort mag uns die kommunistische „Freiheit“ geben. Nachdem der Streik elend verfracht, ein Teil der Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurückgekehrt war, ein anderer Teil (150-200) noch draußen stand, hatte das Blatt den Mut, von einem „materiellen Teilerfolg“ zu reden. Dieser sollte wohl darin bestehen daß die Leitung des Schwelmer Eisenwerkes die zurückgekehrten Arbeiter nicht noch schlechter entlohnte. Wie mag der Kommunismus doch die Arbeiter einschägen daß er ihnen von Erfolgen schwindelt wo der Mißerfolg so handgreiflich vor Augen lag. Aber nicht nur „materielle Teilerfolge“ wurden von der KPD. herbeigezaubert. Im dicksten Sperrdruck wurde es publiziert:

„Neben diesen materiellen Erfolgen sind es vor allem gewaltige politische Erfolge, die durch diesen Streik erzielt wurden“

Söher geht es nimmer! 450 Arbeiter stehen, 8. 10 Wochen auf der Straße. Hungern, darben mit ihren Familien, verlieren die Arbeitsstelle Was verschlägt es es geht nichts über die „gewaltigen politischen Erfolge“ eines verfrachten Streiks.

Gerade die Art, wie in Schwelm versucht wurde, den Kampf der Parteipolitik mit der Gewerkschaftspolitik zu verquicken, hat weiten Arbeiterkreisen die Augen geöffnet Sie beginnen einzusehen, daß nur gewerkschaftliche Arbeit sie retten kann. W. Alf.

Branchenbewegung

Metallarbeiter in der chemischen Industrie

Am Sonntag, dem 8. Januar, fand in Frankfurt a. M. eine gutbesuchte Vertrauensmännerkonferenz für die in der chemischen Industrie des Rhein-Main-Gebietes beschäftigten, christlich organisierten Metallarbeiter statt. Die Konferenz erhielt durch die Anwesenheit des Verbandschris-tleiters Kollegen Georg Weber (Duisburg) besondere Bedeutung.

Bezirksleiter Wesp (Darmstadt) gab zunächst einen allgemeinen Ueber-blick über die Lage der Arbeiterschaft und im besonderen in der chemischen Industrie. Wir haben in der kommenden Zeit große Aufgaben zu erfüllen. Zur Lösung dieser Aufgaben müssen alle Kräfte eingesetzt werden. Der Christliche Metallarbeiterverband hat durch seine Beschlüsse anläßlich seiner Verbands-Generalversammlung in Königswinter diese Aufgabe erkannt und wird seine Kräfte in diesem Sinne einsetzen ohne Rücksicht darauf, was andere Organisationen tun.

Geschäftsführer Schiewerling (Frankfurt) berichtete über das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen in der chemischen Indu-strie. Seit einigen Monaten versucht man gegen den Christlichen Metall-arbeiterverband wegen seiner Maßnahmen betreffs Unterstützungswesen eine unehrliche Agitation zu führen. Ähnliches wird vom Geschäftsführer Za ng (Offenbach) von einer Organisation berichtet. Kuhn (Ludwigs-hafen) ergänzt die Ausführungen aus seinen Erfahrungen in der Sek-tion VI der chemischen Industrie.

Nach einer sehr umfangreichen und einheitlich geführten Aussprache und einem richtunggebenden und begeisternden Schlußwort des Vertreters des Hauptvorstandes, Schriftleiter W i e b e r, wurde einstimmig folgende Ent-schließung angenommen:

Nach den Ausführungen der Redner in der heutigen Konferenz, stellt sich diese auf den Standpunkt, daß alle Kräfte der Organisation dazu eingesetzt werden müssen zur Lösung der kommenden gewerk-schaftlichen Aufgaben. Auf Grund dieser großen Aufgaben hat der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands seine Finanz- und Unterstützungspolitik frühzeitig umgestellt.

Die Konferenz stellt sich rückhaltlos hinter diese Maßnahmen ihrer Organisation und verurteilt die Agitationsmethoden einzelner anderer Verbände, die anscheinend diese Agitationsmethoden höher einschägen als die Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Die Konferenz weist diese Art von Mitgliedererwerbungen mit aller Entrüstung zurück und ist gewillt alle Kräfte einzusetzen, um die großen Arbeiterfragen einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Um dies zu erreichen, verspricht die Vertrauensmänner-Konferenz umgehend eine allgemeine intensive Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Chemiemetallarbeitern durch-zuführen und alle Kräfte mobilzumachen für eine weitere Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands. Wesp.

weitem hört er das höhnische Gelächter, und es hallt ihm noch in den Ohren, als er verbittert über sich und seine Sündel zum Mittag durch die Haustür in Mülligen eingeht.

Der Reuhof

Nach einigen Tagen bringt der Baumeister den Plan des Wohnhauses, wie es nach seinen eigenen Angaben sein soll: etwa dreißig Schritt im Quadrat mit einem Zeltdach und ganz aus Steinen gebaut; es soll unten am Letten stehen, wo der angeschwemmte Boden als Gartenland geeignet ist und Reuhof heißen. Der Baumeister hat neben den Aufrissen auch eine Ansicht des Hauses in Farben gemacht; es sieht mehr einer italienischen Villa gleich als einem schweizerischen Bauernhaus, aber gerade das gefällt ihm. Er scherzt, daß er selber ein Italiener wäre, und so oft er das hübsche Bild ansieht, wird der Traum seiner landwirtschaftlichen Existenz daran lebendig; wie er mit seiner Stauffacherin da aus und ein gehen wird, wie unter den Bäumen — die bis jetzt nur auf dem Papier grün sind — Kinder spielen und auf den Feldern rundum fleißige Tauner lohnende Arbeit finden, wie er als ein neuer Tschiffeli der Mißwirtschaft des Birrfeldes aushilft durch sein Beispiel planvoller Arbeit!

Als erst der Boden ausgehoben, Steine gebrochen und die Fundamente gelegt werden, ist er von früh bis spät dabei und schaut das nasse Schnee-wasser nicht, selber jede Art von Arbeit mitzutun. Daß morgens die Leute kommen, Tag für Tag, zum Teil stundenweit und sichtlich froh gute Be-schäftigung zu haben, gibt ihm ein Vorbild, wie es einmal auf Reuhof sein soll; und wenn er sie Sonntags entläßt, ist sein Traum schon Wirk-lichkeit: daß er als der Mittelpunkt einer Unternehmung dasteht, daraus die ersten Quellen aller Wohlhabenheit, der sichere Verdienst einer regel-mäßigen Arbeit, ins magere Birrfeld fließen.

Der Bediente

Nicht lange danach erscheint auch der Bankier Schultheß im eigenen Reisewagen mit zwei Söhnen und einem Bedienten; die Grundlage seines Darlehens zu prüfen. Er will jedes Feld und die Art der Besserung sehen,

das Haus mißt er selber mit dem Maßstab in den Fundamenten aus: er hat dabei eine Art, zornig den Kopf zu schütteln, aber das ist nur eine Angewohnheit des alten Herrn und am Ende fährt Heinrich Pestalozzi mit dem Besuch nach Zürich zurück.

Sie sind kaum fort, als Anna hört, daß der Bediente unterdessen seine eigenen Wege im Birrfelde gegangen ist, überall die Meinung aus-horchend; auch bei dem Märli ist er gewesen; nach seinen boshafsten Be-merkungen mit dem kläglichen Ergebnis. Sie nimmt sich vor, es zu ver-schweigen, aber als Heinrich Pestalozzi nach einigen Tagen von Zürich zurückkommt weiß er schon alles und wie das Urteil dieses Bedienten die Stimmung im „Gewundenen Schwert“ macht. Noch am gleichen Tage gehen sie miteinander in den Letten hinaus, sich selber zu vergewissern, ob der tüchtige Stand der Felder doch nur eine Selbsttäuschung wäre. Sie finden die Sparlette auf den steinernen Äckern gut angelegt, und auch die Krapp-Pflanzen lassen sich nicht übel an; aber die boshafte Worte des Bedienten werden damit nicht ausgewischt, und als Heinrich Pestalozzi gegen die Baustelle seines stolzen Hauses kommt, faßt ihn der Unwille so, daß er sich abwendet; gerade das ist von dem Bankherrs zu kostspielig gefunden worden. Er schreibt zwar noch eine lange Darlegung an den Geldgeber, aber als Antwort kommt nach drei Tagen die unumwundene Mitteilung, daß er die Unternehmung als ruiniert ansehe.

Es ist Anfang Mai, als das geschieht, und für den Sommer trägt Anna ein Kind unter dem Herzen; die frohe Hoffnung seiner Geburt ver-mehrt nun die Sorgen dieser Tage. Es kommen zwar noch der Junker Meis und der Pfarrer Schinz als Sachverständige zur Prüfung; sie fin-den, daß mehr als eigentliches Mißgeschick die allgemeine Unkenntnis der bei Tschiffeli erlernten Neuerungen den vorwichtigen Herrenbauer bei den Leuten ins Gespött gebracht hat, und daß der Haß sich eher gegen seinen Ratgeber Märli als ihn selber richtet. Auch treten sie ihm mit Wärme bei in ihrem Gutachten; aber der Bankherr will wie alle Geldgeber das Gold wachsen sehen. Mitte Mai kündigt er die Gemeinschaft, und bevor Heinrich Pestalozzi seine Dinge ins Geheh bringt, sind ihnen die Beine schon abgeschnitten. (Fortsetzung folgt.)

Um die berufsständische Ordnung

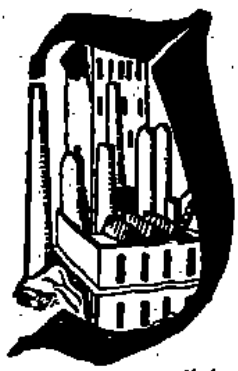
Nummer 1

Duisburg, den 21. Januar 1933

Nummer 1

Ständestaat oder berufsständische Ordnung?

Professor Dr. Theodor Brauer



Immer mehr wird unser öffentliches Leben durch die Auseinandersetzung über die zukünftige Gestaltung des wirtschaftlichen, sozialen wie auch politischen Lebens in Anspruch genommen. Auf nichtsozialistischer Seite spielt dabei eine große Rolle die Frage nach der Möglichkeit einer ständischen Ordnung. Dabei laufen alle möglichen Überlegungen durcheinander. Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem weniger Klarheit herrscht. So kommt es, daß insbesondere die Arbeiterschaft der ganzen Debatte größtenteils mit Mißtrauen gegenübersteht. Man glaubt, in allem Ständischen schlechthin einen Ausdruck reaktionärer Grundeinstellung erblicken zu müssen. „Stand“ — das erinnert an feudalistische Zustände, erinnert an das Mittelalter, an Kunstverknöcherung, kurz, an alles, was dem modernen Menschen zuwider ist, und zwar deswegen, weil es Erstarrung bedeutet, wo doch Entwicklung und Fortschritt für die Menschen von heute das Selbstverständlichste von der Welt geworden sind.

Ist nun diese Grundhaltung des Mißtrauens angebracht und berechtigt?

Diese Frage soll dadurch beantwortet werden, daß wir scharf zwischen zwei Dingen unterscheiden, nämlich zwischen Ständestaat und berufsständischer Ordnung.

Was ist der „Ständestaat“?

Unter Ständestaat¹⁾ ist ein solcher Aufbau des politischen Lebens zu verstehen, bei dem der Staat, d. h. also in erster Linie die Verfügung über die Staatsgewalt, in den Händen der Vertreter bestimmter Stände liegt. Das hat dann meist zur Folge, daß auch nur die Angehörigen dieser in Betracht kommenden Stände irgendwie die Möglichkeit haben, auf die staatliche Willensbildung Einfluß zu nehmen. So ergibt sich die Tatsache, daß bestimmte Schichten im Staate gegenüber anderen Vorrechte genießen. Sie sind also bevorrechtet oder, wie das Fremdwort heißt, privilegiert. Die Privilegierung kann auf verschiedenen Grundlagen aufbauen. Das hängt eben ganz davon ab, wie die jeweilige ständische Gestaltung des Lebens ist. Als das deutsche Volk in die Geschichte eintrat, war es nach drei Ständen geschichtet: Adel, Freie und Unfreie oder Knechte. Dieser Aufbau ist das ganze Mittelalter hindurch bestehen geblieben. Auch die Kirche hat sich im großen und ganzen dieser Ordnung angepaßt. Es gibt später auch andere Aufstellungen als diese altgermanische Art des Aufbaues. So z. B. finden wir das französische Volk bei Ausbruch der großen Französischen Revolution (1789) aufgeteilt in Adel, Klerus und Bürgertum.

Es ist nicht ganz selbstverständlich, daß eine solche bevorrechtete Ordnung von denjenigen, die nicht bevorrechtet waren, keineswegs ohne weiteres hingenommen worden ist. Gewiß: die große Masse des Volkes lehnte sich in den Zeiten, in denen die religiöse Haltung im Leben noch überwog, nicht dagegen auf. Stets aber hat es Eiferer gegeben, die das Volk auf die Unerträglichkeit eines solchen Zustandes hingewiesen. Dieselben beriefen sich dabei in erster Linie auf die reine, unverfälschte christliche Lehre.

¹⁾ Der Begriff „Ständestaat“ wird nicht immer in derselben Bedeutung gebraucht. Wir gehen bei der Anwendung desselben von der Bedeutung aus, die dem Wort Ständestaat in der volkstümlichen Auffassung beigelegt zu werden pflegt.

Die zwei Seiten des Christentums

Es darf nicht vergessen werden, daß das Christentum, so, wie es sich in der geschichtlichen Gestaltung auswirkt, zwei Seiten hat: eine konservative und eine revolutionäre²⁾. Konservativ ist das Christentum in seinen weltlichen Auswirkungen insofern, als bekanntlich Christus und seine Lehre in erster Linie den Blick auf das jenseitige Leben richtet, wogegen alles weltliche mehr oder weniger als nebensächlich erscheint. Deswegen spielt es für den Menschen gar keine Rolle, wie etwa die weltlichen Ordnungen aussehen. Es kommt im wesentlichen nur darauf an, sich bewusst zu sein, daß alle Autorität von Gott kommt. Daher stellte sich die Christenheit ohne weiteres hinter alle vorhandene Ordnung; sie nahm sie hin, soweit nicht Gebote gegeben wurden, die unmittelbar gegen Gott und das Gewissen des einzelnen verstießen.

Dieser einen Seite steht aber nun die andere, die revolutionäre, entgegen, die sich an die christliche Grundauffassung anlehnt, daß es vor Gott keinen Unterschied in der Person gibt. Das kann eine umwälzende Wirkung haben, insofern, als es immer wieder Menschen geben wird, die sagen: Wenn vor Gott alle Menschen gleich sind, wie kann es dann die Kirche verantworten, daß im weltlichen Leben die Menschen nach Adel, Freien und Unfreien unterschieden und verschieden behandelt werden? Diese Überlegung kommt denen, die eine Änderung wollen, um so eher und um so leichter, als die Privilegierungen sich wesentlich darin ausdrücken, daß sie entweder auf Besitzverschiedenheiten beruhen oder aber die Wirkung haben, daß die Vorrechte zu größerem Besitz hinführen. Wir erleben insolgedessen, daß schon früh in der Kirche des Mittelalters Sekten auftreten, die diese ungleiche politische und soziale Behandlung der Menschen verurteilen. Als dann später die Reformation kam und in Luther teilweise den konservativen Gesichtspunkt noch verschärfte, erlebte auch die Reformation die Abspaltung von Sekten, die wiederum sich wesentlich gegen jene Unterscheidungen wandten. Man denke z. B. nur an die radikalen Lehren, die von dem sog. Täuferium aufgestellt worden sind! Praktische Gestalt nahm der Widerstand im sogenannten Neucalvinismus an, d. h. in all jenen Lehren, die wir in den angelsächsischen Ländern vertreten finden und die, wie beispielsweise unter Cromwell in England, eine revolutionäre Umwälzung im Staate zur Folge hatten. Um es ganz einfach auszudrücken, kann man sagen, daß mehr oder weniger alle jene Sekten sich auf das Naturrecht stützten. Nach naturrechtlichen Gesichtspunkten aber tritt jeder Mensch mit bestimmten persönlichen Rechten in das Leben ein, und die staatliche Ordnung hat diese sogenannten Menschenrechte zu respektieren. Insolgedessen sind sie es denn auch, die in allen Verfassungen klar und unmißverständlich aufgestellt werden, wie denn überhaupt eine Verfassung nichts anderes ist als ein Vertrag zwischen der Staatsführung und dem Volke, dahingehend, daß die Staatsgewalt jene unveräußerlichen Menschenrechte anzuerkennen habe.

Je weiter sich die Menschheit vom Mittelalter entfernte, um so mehr nahm das Naturrecht eine verweltlichte (säkularisierte) Fassung und Form an. Das heißt also: man berief sich nach wie vor auf das Naturrecht, welches bis dahin eine vom Christentum

²⁾ Wenn hier von einer revolutionären Seite des Christentums geredet wird, so ist darunter nicht die Revolution im landläufigen Sinne zu verstehen mit Umsturz, Blut, sondern eine geistige Revolution.

vertretene Lehre gewesen war, entkleidete aber dieses Naturrecht seines christlichen Charakters und begründete auf diesem entchristlichten, also verweltlichten Naturrecht die Forderung der Menschenrechte. In der Französischen Revolution siegte das verweltlichte Naturrecht, indem die Menschenrechte von der Revolution als Ausfluß einer vernunftgemäßen Weltanschauung gefordert und verfassungsmäßig niedergelegt wurden. Damit war in Frankreich der Ständestaat aufgehoben. Alles, was an Vorrechten bestanden hatte, wurde hinweggefegt. Nunmehr gab es also keine Stände im alten Sinne mehr, sondern es herrschte die bürgerliche Gesellschaft, in der grundsätzlich politische Gleichheit gegeben war. (Tatsächlich ist diese Gleichheit doch nicht erreicht worden, wenigstens nicht im Sinne des Prinzips, von dem die französische Revolution ausgegangen war. An diesem Mangel hat sich einige Jahre nach Ausbruch der Französischen Revolution der moderne Kommunismus entzündet. Das kann aber in diesem Zusammenhang nicht dargestellt werden. Vielleicht findet sich dazu einmal später Gelegenheit.)

In Deutschland dagegen hat sich eine Art von Ständestaat noch bis zur Wende der vierziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erhalten. Dann trat der Ständestaat als politisches Problem zurück, um dem modernen Parteienstaate Platz zu machen.

Was ist die berufsständische Idee und Ordnung?

Saben wir so in aller Kürze das Wesen des Ständestaates kennen gelernt, so ist jetzt die Frage aufzuwerfen, was es demgegenüber mit der berufsständischen Idee und Ordnung auf sich hat. Besteht irgendein Zusammenhang zwischen Ständestaat und berufsständischer Idee und Ordnung? Darauf sei gleich hier die runde und bestimmte Antwort gegeben: Nein! Die berufsständische Idee und Ordnung ist etwas wesentlich vom Ständestaat Verschiedenes. Was also ist sie?

Es herrscht wohl überwiegend die Auffassung vor, daß das Mittelalter sich auf einer berufsständischen Ordnung aufgebaut habe. Diese Auffassung ist unrichtig. Wir werden gleich sehen, daß ein solcher Aufbau auf der berufsständischen Grundlage, wie wir sie wenigstens heute verstehen, im Mittelalter gar nicht möglich gewesen ist. Gewiß trifft es zu, daß sich namentlich die Kirche, je weiter die Zeit fortschritt, um so mehr um eine größere Anpassung der sozialen Ordnung an die grundsätzliche Gleichheit bemüht hat. Vor allem, indem sie dreierlei tat: 1. Sie bekannte sich immer wieder zu dem christlichen Grundgedanken, daß alle Menschen Träger der Menschenwürde und insofern grundsätzlich gleich seien; sie brachte 2. in vollendetem Gegensatz zur antiken Kulturauffassung die Arbeit und insbesondere die Handarbeit zu Ehren; 3. Sie ermöglichte in ihrem eigenen Bereich mehr und mehr auch den aus den untersten Schichten Kommenden den Zugang zu den kirchlichen Würden bis zu den höchsten hinauf. Insofern hat die Kirche grundsätzlich und auch praktisch einer Verwirklichung berufsständischer Auffassung vorgearbeitet. Dennoch ist, wie schon früher gesagt, durch das ganze Mittelalter hindurch das herrschende berufsständische Prinzip aufrecht erhalten geblieben und nicht durch das berufsständische Prinzip ersetzt worden. Auch die Tatsache, daß die Zünfte mancherorts nicht bloß den Adel zurückdrängten, sondern auch die Geschlechter, hat an der grundsätzlichen Lage der Dinge nichts geändert. Denn in der Regel kam es dazu, daß die fleghaften Zünfte nun selbst ihre Macht in herrschaftständischer Weise begründeten und nicht die Demokratie der berufsständischen Genossenschaft praktisch ausübten. Nur ganz vereinzelt ist es zu lokalen Bildungen berufsständischer Art gekommen. Bis zu dem Sieg der egalitären, d. h. auf abstrakter Gleichheit beruhenden Demokratie in der Französischen Revolution, blieb im Prinzip die Dreiständelehre und damit die herrschaftständische Ordnung in Kraft. Auch dann aber kam der Berufsstand noch nicht zur Geltung, denn zunächst gab es ständisches Wesen im alten Sinne überhaupt nicht mehr — man könnte höchstens, mit Siegel, das Bürgertum als „Privatstand“ ansehen, was aber den vollendeten Gegensatz zu dem eigentlich ständischen Wesen bedeutet. Erst in der Auseinandersetzung der christlich-sozialen Lehre mit den Ergebnissen der Französischen Revolution und den im Anschluß daran aufkommenden Lehren des Liberalismus, Kommunismus und Sozialismus ist ganz allmählich die heutige berufsständische Idee geboren worden. Man kann, wenn man die große Zahl der christlich-sozialen Denker des vorigen Jahrhunderts mustert, in zeitlicher und gedanklicher Folge genau feststellen, wie allmählich ein Glied nach dem anderen der Kette des berufsständischen Gedankens zugefügt worden ist. Auch das kann an dieser Stelle nicht im einzelnen nachgewiesen werden; vielleicht läßt sich auch darüber gelegentlich ein besonderer Aufsatz schreiben.

Alte Ständeform und neue Zeit

Wir sehen also, daß das erste, was die berufsständische Ordnung voraussetzt, die Verwirklichung der Demokratie ist; wenigstens in dem Sinne, daß es keine Schichten der Freien und Unfreien mehr gibt. Sehr gut hat schon zu seiner Zeit der große Mainzer Bischof v. Ketteler auf diese Voraussetzung hingewiesen, indem er schrieb: Für unser jetziges politisch-soziales Leben würde die alte Ständeform nicht mehr genügen. Es träte schon ein Gedanke hinzu, der von sich aus eine ganz neue erweiterte Gestalt bedingt. Nach deutschem Recht nämlich war nur der freie Mann im Vollbesitz aller bürgerlichen Rechte. Von den ersten Anfängen der deutschen Geschichte an hatten sich aber Rechtsverhältnisse entwickelt, wodurch viele der Rechte des freien Mannes beraubt waren. Diese Beschränkungen sind nunmehr gefallen. Der Bischof erklärt ausdrücklich, daß er dies als einen Fortschritt ansehe. Die Folge sei, daß nun alle unbescholtenen Männer in ihrem Stande an allen Rechten des freien Mannes Anteil erhalten müßten. Erst auf solcher Grundlage, gebildet durch eine Gliederung aller Stände, unter Einfluß der Verbände, der Familie, Gemeinde, Provinz, Staat, Kirche, ließe sich die wahre Selbstregierung und echte Volksvertretung, „die idealste und zugleich praktischste Teilnahme aller Volksklassen am öffentlichen Leben“ durchführen. Das sei nicht mit einem Sprung zu verwirklichen; der Bischof ist aber der Überzeugung, daß „nur jene innere politische dauernde staatliche Zustände begründen wird, die nach diesem Ziele hinstrebt und dazu erstens alle noch vorhandenen organischen Verbände stärkt, kräftigt, und zweitens für jene, die kein äußerliches Band mehr haben, daselbe anbahnt. Das zu erreichen, können keine Schwierigkeiten bieten, indem man, wie z. B. bisher schon dem Kaufmannsstande, so auch den anderen Ständen, einschließlic des Arbeiterstandes, Gelegenheit gebe, „für die gemeinschaftlichen Interessen sich eine Form zu bilden, und es würde sich dieselbe ohne Zweifel wenigstens in kräftigen Anfängen bald wiederfinden“. Er sagt geradezu, daß in der Auffindung der rechten Verfassung für den gesamten Arbeiterstand, der Kern der Arbeiterfrage liege. Die Auflösung aller alten Verbindungen innerhalb der natürlichen Klassen der Bevölkerung habe von da an begonnen, wo der Staat unter dem Einfluß des Absolutismus die einzige Verbindung sein wollte und mit Eiferjucht auf alle anderen innerhalb seines Gebietes blickte. — Damit sind genau die Gedankengänge ausgesprochen, von denen wir heute ausgehen, wenn wir die berufsständische Ordnung begründen.

Freie Menschenpersönlichkeit als Grundlage der berufsständischen Ordnung

Eine berufsständische Ordnung kann also überhaupt erst aufgebaut werden, nachdem eine wirkliche Demokratie eingeführt worden ist. Die berufsständische Ordnung ist, um zunächst einmal diesen grundsätzlichen Gedankengang zu Ende zu führen, das Ergebnis des freien Willens freier Menschenpersönlichkeiten. Sie steht also im Gegensatz zu allen ständischen Gebilden und Ordnungen, die durch Abstammung, Besitz, Macht, physische oder geistige Überlegenheit und Unterwerfung des Schwächeren zustande gekommen sind; ebenso zu allen Gebilden und Ordnungen, die sich durch Blutsverwandtschaft, Besitz- und Machtvererbung forterhalten; sie steht wesentlich im Gegensatz schließlich zu allen Ordnungen, die den einzelnen ohne eigene Entscheidung und Wahl schon durch die Geburt in den ihm bestimmten Stand einordnen. Immer dann also, wenn eine Ordnung ohne Zutun des einzelnen als ein System persönlicher und sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse zustande kommt oder zustande gekommen ist, kann eine berufsständische Ordnung nicht verwirklicht werden.

Das Prinzip der Leistung

Das ist die eine Seite der Sache. Die andere ist durch den Begriff „Beruf“ in dem Wort Berufsstand gegeben. Es handelt sich darum, daß die im Beruf vollzogene Leistung als eine persönlich und gesellschaftlich wertvolle Leistung anerkannt und zur Grundlage einer Gesamtordnung gemacht wird. Nämlich in der Weise, daß durch die Berufsleistung der einzelne sich mit allen anderen Berufsangehörigen zu einem Berufsstand verbindet und daß durch den Zusammenhang der Leistungen aller Berufsarten eine organische Leistungsgesamtheit zustande kommt, die die ganze Gesellschaft umspannt. In der Leistung also, und zwar in der beruflichen Leistung ist das konstitutive Element, d. h. das begründende Element, zu erblicken, so daß man also sagen kann: Echte berufsständische Ordnung kommt in jedem Augenblick durch berufliches Zusammenwirken zur Verwirklichung. Ihr Merkmal ist das **W e r d e n**. Sie steht somit in Gegensatz zu all

jenen ständischen Gebilden, die in der Hauptsache auf den für immer gefestigten Tatbeständen von Geburt, Besitz, Macht, sozialer Geltung beruhen, für deren Dasein und Bestand also die gesellschaftliche Leistung gar nicht oder erst an nachgeordneter Stelle entscheidend ist. Damit ist die demokratische Abstammung und der demokratische Gehalt der berufsständischen Ordnung ganz zweifellos grundgelegt. Es handelt sich um eine Ordnung von unten herauf. Sie erwächst durch den freien genossenschaftlichen Zusammenschluß berufstätiger Menschen. Durch diese ihre ausgesprochen demokratische Gestalt steht sie im Gegensatz zu allen von oben her verordneten Ordnungen, zu jenen, die unter Einsetzung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Machtmittel erreicht oder gar erzwungen werden, und die wir, um einen heute geläufigen Ausdruck anzuwenden, als autoritäre ständische Ordnungen ansprechen können. —

Mit den vorstehenden Darlegungen dürfte das Bild und die Eigenart der berufsständischen Idee und Ordnung in grundsätzlicher Hinsicht so klar wie nur möglich umschrieben sein. Nun kommt es darauf an, daß wir die Gestalt der berufsständischen Ordnung unter den heutigen Verhältnissen zeichnen. Es sei ausdrücklich betont, daß in den nachfolgenden Erörterungen nichts gesagt wird, das nicht irgendwie als Gedankengut der hervorragendsten christlich-sozialen Denker des vorigen Jahrhunderts nachgewiesen werden kann. Ich lege auf diesen Zusammenhang allergrößten Nachdruck, um darzutun, daß es sich in keiner Weise um eine willkürliche Konstruktion handelt.

Die Berufsgemeinschaft

Grundlage des ganzen berufsständischen Aufbaues ist die Berufsgemeinschaft der einzelnen Gewerbe. Es ist das, was schon Adolf Kolping den Gewerbestand nannte. Es handelt sich darum, daß jedes einzelne Gewerbe mit all denen, die zum Gewerbe gehören, ob sie nun Unternehmer oder Angestellte, oder Techniker, oder Arbeiter aller Art sind, als eine Leistungsgemeinschaft angesehen wird. Zweifellos ist es doch so, daß man jedes Gewerbe als eine Zusammenfassung von Leistenden ansprechen kann; wer auch immer in diesem Gewerbe tätig ist, leistet in irgendeiner Art, wenn es auch noch so wenig ist, zu einer Gesamtleistung, die dann der Existenz und Erhaltung der Gesellschaft dient. Die Leistung aber, die hier erfolgt, ist offenkundig eine berufliche Leistung. So ergibt sich also, daß jedes Gewerbe als eine Leistungsgemeinschaft angesprochen werden kann, oder, um den Charakter der beruflichen Leistung herauszugreifen, abgekürzt als eine Berufsgemeinschaft. Alle Berufsgemeinschaften zusammen sind der tragende Grund der Gesellschaft. Weil so jede einzelne Berufsgemeinschaft eine gesellschaftliche Funktion (Aufgabe) ausübt, deswegen ist sie Stand, nämlich Berufsstand. Wer also in einem Gewerbe steht, ist, gesellschaftlich gesehen, Angehöriger eines Berufsstandes, insofern, als er durch diese Leistungsgemeinschaft hindurch in der Gesellschaft seinen Platz hat. Es ergibt sich somit, daß als Maßstab für die gesellschaftliche Eingliederung der Menschen nicht mehr irgendein Geburtsvorrecht oder irgendein Besitzvorrecht oder dergl. dient, sondern einzig und allein die berufliche Leistung. Damit ist der demokratische Charakter der ganzen Ordnung grundgelegt. Die berufliche Leistung hat jeder aufzuweisen. Indem sie also zum Maßstab für die gesellschaftliche Wertschätzung gemacht wird, hören alle Vorrechte irgendeiner Art als Ausgangspunkte für die gesellschaftliche Wertschätzung auf. Wir haben in Wahrheit eine Demokratie, die alle umfaßt und die keine andere Gliederung kennt, als die natürliche Gliederung, wie sie sich auf Grund beruflicher Leistung ergibt. Das ist nicht mehr bloß formale Demokratie, sondern das ist organische Demokratie, Demokratie des positiven Inhaltes, der überhaupt denkbar ist.

Die Notwendigkeit der Selbstverwaltung

Das „Ständische“ ergibt sich nun insofern, als die Gemeinschaft der Leistenden in jedem Gewerbe dadurch ihren praktischen Ausdruck findet, daß sie die Angelegenheit des Gewerbes in Selbstverwaltung regelt. Jedes Gewerbe wird also für sich ein Selbstverwaltungskörper. Alle Gewerbebezüglichen sind an dieser Selbstverwaltung beteiligt. Sie tragen also mit, sowohl an den Rechten wie an den Pflichten der Selbstverwaltung. Das ständische Moment kommt dadurch zum Ausdruck, daß das Gewerbe für die ihm Zugehörigen zu sorgen hat. Es darf also die einzelnen, die durch Erfüllung der gewerblichen Voraussetzungen in das Gewerbe hineingewachsen sind, nicht sich selbst überlassen, sondern hat sich ihrer anzunehmen. Deswegen ist es notwendig, daß sich alle gemeinsam um die Erfüllung der Voraussetzungen für das Gedeihen des Gewerbes bemühen müssen. Um einzelnes herauszuheben: Es muß die Berufserziehung gemeinsam zwischen den Vertretungen der Unternehmer und der Arbeiter, wie auch der Angestellten und der

Techniker erfolgen. Es muß dann ferner das Gewerbe selber für die bestmögliche Unterbringung des Nachwuchses Sorge tragen. Es muß dafür gesorgt werden, daß eine saubere Preis- und Lohnpolitik in Gemeinschaft betrieben wird. Weiter ist dafür zu sorgen, daß das Gewerbe nicht durch Steuern erdrückt wird. Vor allem aber erweist sich als notwendig das gemeinsame Bemühen um eine ausreichende Kapitalversorgung des einzelnen Gewerbes. Ebenso muß natürlich alles das gemeinsam befolgt werden, was irgendwie für die Blüte und Entwicklung des Gewerbes notwendig ist. Es muß also z. B. darauf hingewirkt werden, daß nicht plötzlich das Gewerbe durch die technischen Entwicklungen in seinem Bestand in Frage gestellt wird. Immer wird die Selbstverwaltung darauf ausgehen, daß das Interesse der Menschen in erster Linie steht, nicht das Interesse der Sache. Mit natürlicher Folgerichtigkeit ergibt sich dann auch, daß alles das, was heute an Sozialpolitik in der Hauptsache vom Staate aus befolgt wird, der Selbstverwaltung der Gewerbe übertragen wird. Das ist auch aus dem Grunde notwendig, weil Krankheit, wie Invalidität, Arbeitslosigkeit, wie Unfallgefahren usw. durch die Eigenart des jeweiligen Berufes stark bestimmt sind. Eine berufliche Lösung dieser ganzen sozialpolitischen Probleme empfiehlt sich also jedenfalls aus natürlichen Gründen.

Um die Würde des arbeitenden Menschen

Nicht zuletzt hat das Gewerbe insofern gemeinsam zu sorgen, daß nun auch dem arbeitenden Menschen ständische Würde zuteil wird. Dies bedeutet, daß der arbeitende Mensch nicht, wie bisher, wenn er älter wird, seinem meist traurigen Schicksal überlassen wird, sondern daß man ihm die Möglichkeit bietet, im Betrieb und Gewerbe einen Aufstieg mitmachen zu können, so daß sein soziales Ansehen gesichert wird. Möglichkeiten dazu sind durchaus vorhanden. Es kommt nur darauf an, daß sie praktisch verwertet werden. Damit erst ergibt sich die ständische Verfestigung und Verwurzelung des arbeitenden Menschen. Damit erst bekommt die Stellung des älter werdenden Arbeiters Ansehen. Damit erst bietet die gewerbliche Betätigung wieder einen Anreiz für den jugendlichen Menschen, denn nun weiß er, daß er nicht durch eine kurze Zeit hindurch gewerblich bis aufs höchste ausgenutzt und dann wie eine ausgepreßte Zitrone weggeworfen wird.

Die Gesamtheit der Gewerbe stellt das Wirtschaftsvolk dar. Dieses Wirtschaftsvolk ist zugleich insofern, als es im Sinne der Sicherung der Existenz der Gesellschaft „leistet“, Träger der Gesellschaft. Die Gesellschaft als solche ist der Wirtschaft übergeordnet. Sie ist maßgebend auch für die Gestaltung der Wirtschaft. Insofern tritt eine gewisse Planung in die Wirtschaft hinein. Dasselbe ist insbesondere so zu denken, daß die Wirtschaft nicht der Entwicklung der Persönlichkeit abträglich wird, sondern daß sie sie im Gegenteil fördert. Deswegen ist alle berufsständische Wirtschaft notwendigerweise dezentralisierte Wirtschaft. Es ist sehr interessant, daß heute auch ausgesprochene Vertreter des liberalen Gedankens und der kapitalistischen Wirtschaftsweise den gleichen Standpunkt vertreten. In einer jüngst herausgekommenen Schrift, unter dem Titel „Kapitalismus oder Feudalismus?“, hat der sehr bekannte Berliner Hochschullehrer Bonn einen Gedanken ausgesprochen, der für alle berufsständische Ueberlegung grundlegend ist, daß nämlich niemand über mehr Kapital und Wirtschaftsmöglichkeiten soll verfügen können, als er persönlich übersehen und in seinen Auswirkungen auch persönlich verantworten könne. Von diesem Standpunkt aus kommt auch er zu einer Ablehnung der Entwicklung zum kapitalkonzentrierten Großbetrieb, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Die freie Initiative kann sich tatsächlich nur im Klein- und Mittelbetrieb betätigen. Deswegen bedeutet die berufsständische Ordnung eine Sicherung solcher privaten Initiative und damit des wirklichen Unternehmertums überhaupt. Wo die Natur der Dinge von sich aus eine Kapitalkonzentration absolut notwendig macht, ist irgendwie öffentliche Kontrolle angebracht.

Auf dem Wege der Dezentralisation kommt die berufsständische Ordnung dem Streben der Menschen nach Selbständigkeit und damit auch der Entproletarisierung entgegen. Der echte Proletarier steht im kapitalkonzentrierten Großbetrieb, wo er wirklich, im Sinne des Wortes von Ketteler, Allerweltsmensch ist. Wenn die Kapitalversorgung so gestaltet wird, daß auch der kleine Mann wieder daran beteiligt ist, so wird sich in sehr viel größerem Umfange als heute der Aufstieg des Arbeiters zur Selbständigkeit — und das ist die wirkliche Entproletarisierung — ermöglichen lassen.

Staat und berufsständische Wirtschaft

Das Verhältnis einer berufsständischen Wirtschaft und Gesellschaft zum Staate ist so gedacht, daß der Staat durch die Uebertragung der Selbstverwaltung auf die einzelnen Gewerbe

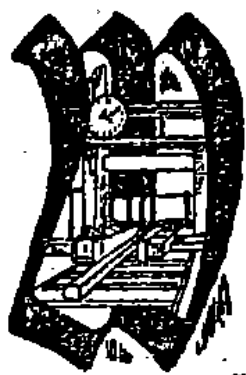
stark entlastet wird. Er wird herausgehoben aus den Interessenskonflikten, die sich heute immer wieder dadurch ergeben, daß man in allen Dingen und vor allem in jeder Notlage Staatshilfe erbittet. So kommt es, daß der Staat in einer unerträglichen Weise in die Wirtschaft hineinverflochten ist. Er ist genötigt, immer wieder zu wirtschaftlichen Interessenfragen Stellung zu nehmen. Das nimmt ihm aber viel von seiner Autorität, denn weil er selber in weitem Umfange wirtschaftlich interessiert ist, deswegen kann er nicht die eigentlich seinem Wesen gemäße Rolle der unbedingten Entscheidung spielen. Insofern er also aus der Sphäre des Interessenkampfes herausgehoben wird, kann er sich mehr seinen Entscheidungsfunktionen widmen und damit seine Autorität über den Parteien viel stärker begründen, als das heute der Fall ist. Die berufsständische Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gibt somit den Staat in weitestem Umfange für seine eigentliche Aufgabe frei. Sie macht ihn zum wirklich starken Staat. Hier allein ist eine Lösung des Staatsproblems zu finden, wie sie zugleich den modernen Verhältnissen und Entwicklungen und den

aus einer wirklichen Demokratie sich ergebenden Persönlichkeitsforderungen entspricht. —

Es sei noch einmal ausdrücklich betont, daß die ganzen vorstehenden Überlegungen sich in engster und innigster Verbindung mit den Lehren der christlich-sozialen Denker halten. Die Besten von ihnen waren nicht rückwärts gewandt, sondern richteten ihren Blick vorwärts. Sie wollten das Gute an dem Alten retten, indem sie es in moderner Weise und in Anpassung an die neuen Entwicklungen weiterzubilden trachteten. So kamen sie zu einer berufsständischen Grundidee, die alles das, was heute an wirtschaftlichen Leistungen vorhanden ist, in sich einbezieht. Sie lehnten auch die technische Entwicklung keineswegs ab, verlangten nur, daß die Technik gebändigt werde, damit sie nicht den Menschen, anstatt zum Heile, zum Unheil ausschlage. Auch die Gegenwart hat, wie es schon Peter Reichenperger um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ausdrückte, „der Kette der Ereignisse einen selbständigen Ring anzufügen, und so, wie sie selbst die Tochter der Vergangenheit ist, die Mutter der Zukunft zu werden“.

Der Arbeiter in der berufsständischen Ordnung

Dr. L. Schtela, München



enn von der berufsständischen Ordnung gesprochen wird, könnte man zunächst die Frage aufwerfen, was unter „Berufsstand“ zu verstehen ist. Die Meinungen, sowohl in bezug auf dieses Wort, wie auch in der Frage der Gliederung der Berufsstände sind sehr verschieden. Auch Fälschungen in dieser Hinsicht sind gewollt oder ungewollt in die soziologische Literatur der Gegenwart eingedrungen. Wir werden darüber in einem eigenen Aufsatz schreiben und heute von einer begrifflichen Festlegung des Berufsstandes absehen, ohne dabei die berufsständische Ordnung als solche außer acht zu lassen. Wir möchten zunächst nur das Wort „Ordnung“ betonen und zum Ausdruck bringen, daß heute der gesellschaftliche Aufbau ungeordnet ist und deshalb eine geordnete Gesellschaft hergestellt werden muß. Zurückstellen wollen wir, daß Pius XI. der Meinung ist, daß durch eine berufsständische Gliederung heute am besten diese Ordnung hergestellt werden kann. Er sagt ausdrücklich, daß es „wohl kaum“ eine andere Möglichkeit gibt, d. h., es wäre denkbar, daß bei einer wirtschaftlichen Umstellung unter neuen sozialen Verhältnissen auch vielleicht in verschiedenen Ländern eine andere Ordnung möglich wäre.

Wir sprechen hier nur davon, daß die Gesellschaft ein Organismus sein soll, bei dem durch die organischen Zusammenhänge der einzelnen Glieder die Gesundheit des Organismus hergestellt wird. Demnach ist im Gesellschaftsaufbau vorausgesetzt, daß er ein Organismus sein soll, d. h., Einheit in der Vielheit, daß verschiedene Organe in diesem Organismus bestehen, und daß diese Organe lebensvoll miteinander in Verbindung stehen.

Unter diesen Voraussetzungen fragen wir nach der Stellung des Arbeiters im Gesellschaftsorganismus. Ist er Kopf? Oder Arm? Oder Fuß? Wie ist der Arbeiter als Organ im Gesellschaftsorganismus mit dem Organismus verbunden, wie kann dieses Organ in der Gesellschaft zu einer lebensvollen Auswirkung kommen?

Mechanismus oder Organismus?

1. Es gibt Auffassungen von der Gesellschaft, die eher einen Mechanismus annehmen als einen Organismus. Von einem Hebel aus wird der ganze Mechanismus in Bewegung gesetzt. Soziologisch gesprochen heißt das Diktatur. Jedenfalls zeigen solche Gesellschaftsauffassungen, daß eine Gesundung des Gesellschaftskörpers auf diesem Wege nicht hergestellt werden kann. Es kann nicht der Kopf sagen, er allein entscheidet, und Arme und Füße müßten etwas ausführen, was sie ihrer Natur nach gar nicht ausführen können, was Vergewaltigung eines Organes am Körper durch ein anderes Organ bedeuten würde. Das unterdrückte Organ müßte erkranken, vielleicht sogar zerbrechen. Es können wohl auch Arme und Füße nicht vom Kopf etwas verlangen, was er nicht leisten kann. Es kann sich einer auch den Schädel einrennen, und dadurch überhaupt unfähig werden, für den Organismus zu arbeiten. Es kann auch gar nicht davon die Rede sein, daß die Füße zum Kopf sagen könnten: Laß uns einmal in die gute frische Luft in die Höhe und mach du, Kopf, die Schritte unten im Schmutz und Staub der Straße. Das ist nicht Aufgabe und Funktion des Kopfes, sondern Aufgabe und Funktion der Füße. So hat auch jede Gesellschaftsschicht ihre soziale Funk-

tion. Und diese muß sie ausführen zum Besten des Ganzen, dann ist Ordnung und Leben im Organismus.

So behandelt einmal der heilige Paulus den Begriff des Organischen, und man hat auch schon manchmal in Gelehrtenkreisen auf die Kirche, das Corpus Christi mysticum, hingewiesen, welches jedoch als aus dem Reich der Uebernatur stammend nicht ohne weiteres sich mit dem natürlichen Reich der Gesellschaft vergleichen läßt. So gibt es auch noch keine Unterscheidungen zwischen dem menschlichen Körper und dem Gesellschaftskörper, welche aber in unserer Frage weniger von Bedeutung sind. Es sollte nur festgestellt werden, daß die soziologischen Ausführungen Schaffels über „Bau und Leben des sozialen Körpers“ nicht in allen Stücken von uns geteilt werden. Jedenfalls aber ist daran festzuhalten, daß die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen in der Richtung der Eingliederung des Arbeitertums ins Volkstum auf der gleichen Linie sich bewegen, auf welcher Pius XI. eine Neuordnung der Gesellschaft nach den Grundsätzen der Grobbothschaft verlangt. Wenn die berufsständische Ordnung dem Arbeiter diesen Weg öffnet und ihn zu einem lebensvollen Glied am Organismus der Gesellschaft macht, dann kann die Arbeiterschaft die berufsständische Ordnung nur begrüßen und wird mit Freuden an ihrer Verwirklichung mithelfen. Bringt die berufsständische Ordnung dem Arbeiter diese Stellung?

Die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters

2. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ist die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters unterdrückt. Zunächst steht er seinem Arbeitgeber gegenüber sogar als Kämpfer auf einer anderen, entgegengesetzten Front. Dadurch ist der Klassenkampf in beiden Lagern entstanden. Der heutige Arbeitsmarkt hat das mit sich gebracht. Er hat die entgegengesetzten Interessen auf das Schärfste hervortreten lassen. Der Eigennutz ist hierbei in den Reihen der Arbeitgeber noch schärfer hervorgetreten als auf Seiten der Arbeitnehmer. Der Interessenkampf ist auf höchste gestiegen. Der Machtkampf ist in voller Schärfe zum Ausbruch gekommen. Es ist in der Wirklichkeit nicht anders, als Karl Marx in voller Schärfe ausgedrückt hat: Klassenkampf von oben und Klassenkampf von unten.

Vielleicht ist es aber dem Arbeiter nicht unmittelbar darum zu tun gewesen, nur im Kampf seine Interessen zu vertreten. Er hat eigentlich nur sein Recht gewollt; um es zu erreichen, mußte er aber auf das Kampffeld ziehen und gegen die übermäßig ausgedehnten Rechte des Gegners den Kampf eröffnen.

Wer aber dauernd nur in solchen Gedankengängen sich bewegt, kann nie und nimmer ein Ordnungsbild der Gesellschaft herstellen. Die Menschheit als solche wird in 2, 4 oder 6 Fronten sich teilen, und auf allen Fronten mehr oder minder hitzig den Kampf durchführen, bis der eine Teil unterlegen ist. Das ist aber sicherlich nicht Auffassung und Absicht der christlichen Arbeiterschaft. Nicht Kampf gegen andere um seiner selbst willen, sondern Recht und Gerechtigkeit sind unsere Forderungen. Wir haben sogar das dunkle Empfinden, daß auch im reinen Machtkampf der Arbeiter unterliegen wird; denn selbst die Solidarität des Proletariats wirkt sich im kapitalistischen Zeitalter nicht so stark wie die Solidarität des Kapitals aus.

Von jeher hat die christliche Arbeiterschaft zunächst die Freiheit auf ihre Fahne geschrieben. Der Liberalismus hat die Freiheit falsch verstanden. Denn Freiheit ohne Bindung ist Frechheit. Wir wollen Freiheit, aber nur soweit möglich, wir wollen Bindung, aber nur soviel als notwendig. Wir verlangen Unabhängigkeit und möchten, daß Recht und Gesetz diese unsere Unabhängigkeit schützen. Im Wirtschaftsrecht ist heute der Arbeiter noch großen Teils rechtlos. Darum ist hier unser Ziel: Ausbau des Arbeitsrechtes, Freiheit des Lohnvertrages, Bindung mit den anderen Schichten der Gesellschaft, soweit der Organismus eine lebensvolle Bindung notwendig macht. Daraus ergibt sich die Forderung der Arbeiterschaft in einer geordneten Gesellschaft, welche mit dem Worte „Gleichberechtigung“, oder nach dem Rundschreiben des Papstes mit „Gemeinwohlgerichtigkeit“ ihren vollwertigen Ausdruck findet. Bringt uns die berufsständische Ordnung dieses Recht?

Es liegt darin bereits eine Neuorientierung unserer Organisationen. Wenn uns die kapitalistische Wirtschaftsweise auf das Kampffeld gedrängt hat, müssen wir wohl oder übel das Schlachtfeld zunächst verlassen und auch den Gegner dazu bestimmen, daß er den Boden räumt. Wir müssen uns auf einer anderen Ebene begegnen. Und diese gemeinsame Basis gibt uns das Wort „Berufsstand“ an, indem es uns sagt, daß das innere Berufsinteresse der gemeinsame Boden der Verständigung sein muß. Wir sind berufen, für die Gesellschaft tätig zu sein. Die soziale Funktion des Organs bestimmt den Platz seiner Stellung im Organismus, und alle Plätze sind gleich wertvoll, und jede Funktion dient dem Ganzen. Viele müssen zusammenhelfen, um das Frühstück eines einzelnen Menschen herzustellen, wie Friedrich Krausmann einmal in einem sehr wertvollen Lesestück auseinandergesetzt hat. Diese Menschen alle dienen dem Einen für einen bestimmten Zweck. Und dieser Eine hat wieder eine andere Aufgabe im Organismus, um der Gesellschaft jene Mittel zu bereiten, die zu ihrem Leben notwendig sind. Denn die Wirtschaft ist die „planmäßige Tätigkeit zur Befriedigung der Bedürfnisse“. Dieses aber muß der Beweggrund des Wirtschaftsführers und des wirtschaftenden Menschen in der Gesellschaft sein. Dieser Beweggrund führt unter dem Gesichtspunkt des Berufes die in diesem Berufe tätigen Menschen zusammen, damit sie als ein großes mächtiges Organ den anderen Organen im Organismus das zuführen, was dieser selbst zu seinem Leben nötig hat. Ergibt sich daraus eigentlich nicht von selbst, was wir unter Berufsstand nun zu verstehen haben? Erkennen wir eigentlich nicht, daß wir vom Sozialismus her in einen Zweifrontenkrieg hineingetrieben wurden, der unserer Auffassung vom gesellschaftlichen Organismus keineswegs entspricht? Doch wir fragen nicht, ob es so oder so besser gemacht worden wäre, sondern immer wieder heißt unsere Frage: Erfüllt die berufsständische Ordnung die Sehnsüchte des christlichen Arbeiters für seine Stellung im gesellschaftlichen Organismus?

Betrieb und Gewerkschaften

3. Wer die Arbeiterbewegung als soziale Bewegung im ganzen nimmt, wird immer auch einen historischen Rückblick auf frühere soziale Bewegungen versuchen, und wird zwischen der „Redemptio Proletariorum“ (Erlösung der Proletarier) eine auffallende Ähnlichkeit mit der Bauernbefreiung finden. Damals handelte es sich um die Verinselndung des Bauernstandes. Damals wurde eigentlich erst der Bauer zum Stand. Auch der Arbeiter erstrebt nichts anderes als Standwerdung. Das mag zunächst im Standesbewußtsein gelegen sein. Aber damit allein ist der wirtschaftliche Stand als Voraussetzung dieses wahren inneren Standesbewußtseins nicht zu erreichen. Es muß der Arbeiter zunächst seine wirtschaftliche Sicherung im Betrieb erfahren. Man könnte mit Recht einem modernen Soziologen zustimmen, der behauptet hat, die soziale Frage könne nur im Betrieb gelöst werden. Die berufsständische Ordnung knüpft an den Betrieb an. Wir könnten sagen, der Betriebsrat ist der Ausgangspunkt der berufsständischen Ordnung. Wir könnten weiter behaupten, die Tarifgemeinschaft gibt dem Arbeiter die nötige Freiheit und Unabhängigkeit. Das Untertanenverhältnis wird in ein gleichberechtigtes Verhältnis vom Arbeitsrecht her einerseits und vom Wirtschaftsrecht andererseits umgeändert. Nicht die Produktionsmittel selbst, aber der Gebrauch der Produktionsmittel wird von den Arbeitern im Betrieb mitbestimmt. Die Betriebspolitik wird in sozialer Weise ausgeweitet und soziale Gerechtigkeit zum Mittelpunkt der Betriebsordnung gemacht.

Dürfen wir behaupten, daß damit die Arbeit zunächst als Ware abgetan ist, daß der Mensch als solcher im Arbeiter wieder zur Geltung kommt, daß von hier aus sogar die

Eigentumsfrage in einer Form gelöst wird, die durch doktrinaire Diskussionen nur verdunkelt zu werden droht. Haben wir nicht das Gefühl, daß sogar eine Aufstiegsmöglichkeit für den Arbeiter in dieser Form erwächst, die wir durch mechanische Maßnahmen oder gar gesetzliche Vorschriften nie und nimmer erreichen können. Damit wird die korporative Wirtschaft von Dr. Dessoir doch in einer Weise angebahnt, die wir uns in den früheren Methoden des wirtschaftlichen Kampfes nie hätten träumen dürfen.

Wer allerdings behaupten möchte, durch eine solche Entwicklung würden die Kämpfe verschwinden und die Gewerkschaften überflüssig werden, hätte wahrlich eine ganz falsche Auffassung von der berufsständischen Ordnung. Auch das ist eine der Fälschungen des Korporationsystems und eine Anlehnung an den Faschismus, wenn jemand die Korporation ohne Gewerkschaft durchführen will. Betriebspolitik ohne Gewerkschaft ist unmöglich. Die örtliche Wirtschaftskammer für einen bestimmten Beruf kann nur durch die Gewerkschaften in freier Wahl durchgeführt werden. Nicht anders gestaltet sich der Weg der Arbeitervertreter in die Bezirkswirtschaftskammer und in die Landeswirtschaftskammer, schließlich wird auf diesem Wege auch der „Vorläufige“ Reichswirtschaftsrat eine bessere Gestalt und ein wirklich unpolitisches und rein wirtschaftliches Arbeiten ermöglichen. Die Arbeiterschaft jedoch wird auf diesem Wege nicht bloß wirtschaftlich gesichert sein, ihre eigenen Aufgaben selbst in die Hand nehmen, in den autonomen Körperschaften bei gemeinsamem Interesse des ganzen Berufes mit dem Arbeitgeber zusammen Unfall und Haftpflicht, Invaliden- und Altersversorgung, Lohn- und Preisfragen regeln: Es wird eine Atmosphäre geschaffen werden, welche zunächst der Gesellschaft und Wirtschaft überhaupt günstiger ist, aber auch dem Berufsstande von Seiten der Gesellschaft zuwendet, was ihm entsprechend seiner sozialen Leistungen zugehört. Wir sprechen nicht von einer Utopie, aber wir sind der Meinung, daß es einer jahrzehntelangen Arbeit für dieses Ideal bedarf, daß aber die Arbeiterschaft von sich aus diese Arbeit in Angriff nehmen soll.

Bekanntmachung

Sonntag, den 22. Januar 1933, ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

* * *

Metallarbeiter-Taschenbuch 1933

Ein jedes Mitglied muß im Besitz desselben sein. Wer sich schnell und mühelos über wichtige Zahlen, betreffend Volk und Wirtschaft unterrichten will, muß im Besitz des Taschenbuches sein. Preis 0,45 RM. Bestellungen sind zu richten an die Hauptverwaltung, Duisburg, Stapeltor 17.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Um das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft (Reichsarbeitsminister a. D. Dr. A. Stegerwald), S. 29. Christlicher Metallarbeiterverband und Ruhrkampf 1923 (Wr.), S. 31. Der Ortsgruppenleiter und die Ortsgruppe (E. Doff, Halber), S. 32.

Verbandsgebiet:

Gerechtigkeit in der Eifel (Fasbender), S. 33. Generalappell in Bochum (Gl.), S. 34.

Aus den Betrieben:

Ein verkrachter wilder Streik in Schwelm (W. Ales), S. 34.

Branchenbewegung:

Metallarbeiter in der chemischen Industrie (Wesp), S. 35.

Unterhaltung:

Pestalozzi (Wilhelm Schäfer), S. 33.

Um die berufsständische Ordnung:

Ständestaat oder berufsständische Ordnung? (Prof. Dr. Theodor Brauer), S. 36. Der Arbeiter in der berufsständischen Ordnung (Dr. L. Schiela, München), S. 39.

Bekanntmachung:

Seite 40.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, a. G. m. b. H., Duisburg.